

Leinigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionschluß Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Hansa 8462 und 4934.

Verlag: A. Lantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt,
Statulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Gewerkschaften und Jugend

Im Verlaufe der Nachkriegszeit ist es unseren Verbänden durch anerkanntswert eifrige Arbeit gelungen, die jugendlichen Arbeiter, besonders die Lehrlinge, in erfreulich großer Zahl den Gewerkschaften einzugliedern und ihre Interessen in jeder Hinsicht mit Erfolg wahrzunehmen. Darüber hinaus wurden die jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder in besonderen Jugendabteilungen zusammengefaßt, um ihnen Stätten zu schaffen, die der gewerkschaftlichen Schulung der Jugend dienen, aber auch die Möglichkeit jugendlichen Gemeinschaftslebens bei Unterhaltung, Spiel, Sport, Wandern usw. bieten. Die hier geleistete Erziehungs- und Bildungsarbeit verfolgt in erster Linie das Ziel, dem jungen Menschen seine Stellung in Beruf, Wirtschaft, Arbeiterbewegung klarzumachen, ihm seine Rechte und Ansprüche im Arbeitsverhältnis, aber auch seine Pflichten gegenüber seiner Klasse zum Bewußtsein zu bringen. Den jugendlichen Jahrgängen aber, die sich dem Erwachsenenalter nähern, kann die bloße Vermittlung von Kenntnissen über ihre Umwelt nicht mehr genügen; sie suchen, soweit sie zu den geistig bewegteren Menschen gehören, nach einem über den Tag hinausreichenden Sinn des Geschehens, an dem sie teilhaben. Die im gewerkschaftlichen Jugendprogramm niedergelegte Verpflichtung, daß die Jugend in den Gewerkschaften im Geiste des Sozialismus heranzubilden sei, gibt die Richtschnur für die hier zu leistende Arbeit.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, von der auch die jüngeren Jahrgänge schwer betroffen sind, führt bei einem Teil der jüngeren Arbeiterschaft zu einer geistigen Haltung, die durch das Schlagwort „Radikalisierung der Jugend“ charakterisiert wird — man kann dabei an die heute ziemlich häufige Erscheinung der unkritischen Hinnahme von Parolen, der Wundergläubigkeit denken — und sich auch äußert in einer gewissen Resignation, im Verlust des Vertrauens zur eigenen Kraft. Bei unserer Jugendarbeit wird mehr als bisher bedacht werden müssen, daß die durch unsere Jugendgruppen gehenden jungen Arbeiter erst nach dem Verlassen der Jugendgruppen in die Gefahr kommen, dem gekennzeichneten Einfluß zu unterliegen. Der sehr häufig unmittelbar nach dem Auslernen erfolgende Verlust der Arbeitsstelle, dem in der Regel lange Arbeitslosigkeit folgt, kann leicht zu einer Geistesverfassung führen, in der man glaubt, alle bisher von der Arbeiterschaft und ihren Organisationen erreichten Erfolge als nichtsagend oder unbedeutend abtun zu können.

Es wird zu den Aufgaben unserer Jugendorganisationen gehören, diesen Einflüssen entgegenzuwirken. Notwendig ist, sich selbst und auch den Jugendlichen in unseren Jugendgruppen klarzumachen, daß z. B. die radikalen Stimmen aus dem nationalsozialistischen Lager von jungen Menschen kommen, die sich mit gewissem Erschrecken einem

proletarischen Schicksal, der dem Arbeiter seit jeher bekannten Existenzunsicherheit gegenüber befinden, während sie aus den Ueberlieferungen ihrer Gesellschaftsschicht eine durch Vermögenslage, Beamtenstellung oder gesellschaftliche Beziehungen gutgesicherte Daseinsgrundlage auch für sich erwarteten. Für diese sich laut bemerkbar machende Schicht junger Menschen sind Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit etwas ganz Neues, eine überraschende Erscheinung, die sie am Werte alles Bestehenden verzweifeln läßt und sie geneigt macht, jeder Lösung unkritisch zu folgen, die von angeblichen Wissenschaftlern oder besonders „nationalen“ Politikern mit großer Selbstsicherheit herastrumpet wird.

In unseren Jugendgruppen muß bewußt darauf hingearbeitet werden, daß unsere jungen Kollegen auch dann nicht jener unkritischen Stimmung, die laut vertretenen Parolen nachgibt, verfallen, wenn sie etwa nach Beendigung ihrer Lehrzeit auch von der Geißel der Arbeitslosigkeit gepeinigt werden. Es ist bestimmt nicht leicht, dieses Ziel zu erreichen. Die infolge des geringen Lebensalters fehlenden eigenen Erfahrungen verhelfen zweifellos gerade beim jungen Arbeiter einer radikalen Propaganda zu leichten Erfolgen. Hinzu kommt, daß, anscheinend bedingt durch die Technisierung des ganzen Lebens, in vielen Köpfen sich eine Vorstellung von den Umwandlungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft bildet, die den allgemein bekannten technischen Vorgängen entspricht. So wie man Strom einschaltet, um eine Maschine in Gang zu bringen, so muß auch die Produktion oder die Warenverteilung dirigiert werden können. Von der Kompliziertheit der Verhältnisse im Zusammenleben der Menschen machen sich die wenigsten ein klares Bild. Sie kommen infolgedessen auch zu keinem eigenen Urteil über irgendwelche laut vertretenen Forderungen, die sofort alle Nöte beseitigen sollen. Mit direkt anmaßender Selbstsicherheit verkündeten ihre Propagandisten, daß mit der Einführung des Arbeitsdienstes die Not der Arbeitslosen, der Landwirtschaft und überhaupt aller Bevölkerungsschichten beseitigt sein würde. Der Durchschnittsleser mußte glauben, daß nur eine Willensentscheidung maßgebender Kreise notwendig sei, um eine Maßnahme durchzuführen, die im Handumdrehen die Gesamtsituation völlig ändern würde. Heute wagt es kein Mensch mehr, die Arbeitsdienstpflicht als ein Mittel zu propagieren, das die Arbeitslosigkeit aus der Welt schafft, nachdem verantwortliche Stellen die materielle Undurchführbarkeit, die möglichen Folgen für den Arbeitsmarkt und anderes einwandfrei herausgestellt haben. Wie bei dieser von rechtsradikaler Seite herkommenden Forderung, so ist es auch bei den von links gegen die Gewerkschaften immer wiederkehrenden Angriffen und Vorwürfen möglich, ihre Unsinnigkeit durch ein Aufzeigen der Zusammenhänge zu beweisen. Wir werden uns eben darüber klar sein müssen, daß bei vielen Arbeitern, auch gewerkschaftlich organisierten — und nicht nur bei den jüngeren — eine ungenügende Kenntnis von den im wirtschaftlichen, politischen und gewerkschaftlichen Leben entscheidenden Faktoren vorhanden ist,

daß auch die in der Vergangenheit liegenden Vorgänge und Ereignisse nur unzureichend oder gar nicht bekannt sind und noch weniger in ihren Zusammenhängen gesehen und bewertet werden. Wenn sich heute junge Leute, die bei Kriegsende noch kaum das schulpflichtige Alter erreicht hatten, für berufen halten, den Gewerkschaften sagen zu wollen, wie sie sich etwa 1919 hätten verhalten müssen, so wird das zum Anlaß dienen können, um all die Umstände aufzuzeigen, die damals bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden mußten, den heute heranwachsenden Menschen aber natürlich nicht bekannt sind. Wird bei solcher Aufklärung nebenbei erreicht, daß von der Macht und Stärke der Arbeiterbewegung keine übertriebenen Vorstellungen entstehen, so ist auch das immer ein nützlich Ergebnis.

Die Verbreitung der Kenntnisse von den Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens in all seinen Formen ist zweifellos geeignet, die Erfolgsaussichten der Verkünder von schlagwortartigen Parolen zu verringern. Unsere Jugendgruppen werden die auf diesem Gebiet bisher schon mit Erfolg geleistete Arbeit aber noch in verstärktem Umfange betreiben müssen. Die hier und dort noch vorhandene Auffassung, daß das Leben und Treiben in den Jugendabteilungen am besten den Jugendlichen selbst zu überlassen sei, wird revidiert werden müssen. Es war nie deutlicher als jetzt sichtbar, daß die Arbeit an der Jugend eine allgemeine gewerkschaftliche Angelegenheit von größter Bedeutung ist, für die die besten und erfahrensten Funktionäre gerade gut genug sind. Die schwierigste Aufgabe wird immer die sein, den jüngeren Kollegen die grundsätzliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Tagesarbeit im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der Richtung auf die sozialistische Gesellschaftsform aufzuzeigen. Hier werden junge Kollegen, die bei der Agitation für den Verband, bei der Leitung von Jugendabenden, Wanderungen usw. gut ihren Mann stehen, sich vor den größten Schwierigkeiten befinden. Es gehört schon ein tieferes Verständnis der gewerkschaftlichen Betätigung dazu, um z. B. die Erkenntnis zu vermitteln, daß die von uns auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erreichten Maßnahmen grundsätzlich gesehen eine wichtige Einschränkung der Verfügungsgewalt des privaten Unternehmers, seine Unterordnung unter den durch Befehgebung, Tarifvertrag usw. zwingend festgelegten Willen der Gesamtheit bedeuten. Wird versucht, auf ähnliche Weise zu zeigen, wie die Gewerkschaften auf allen ihren Arbeitsgebieten auf eine Umwandlung der gesellschaftlichen Struktur in der Richtung zu einer Form, in der die Wirtschaft nicht Privatinteressen, sondern der Allgemeinheit dient, hinwirken, so wird dem jungen Gewerkschafter, auch dem „Problematiker“, die Wichtigkeit der Funktionen klar werden, die von der Gewerkschaft auszuführen sind, für die er sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen und innerlich bereit zu halten hat.

W. M. („Gewerkschafts-Zeitung.“)

Bundesausschußsitzung

Zur 11. Sitzung trat der Bundesausschuß des ADGB am 10. März in Berlin zusammen. Vom Vorsitzenden, Kollegen Leipart, wurde berichtet, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festzuhalten sei, und zwar wie früher, überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist. In dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Technischen Nothilfe wird wie bisher festgehalten und der Bundesvorstand hält es für richtig, daß Mitgliedern der freien Gewerkschaften der Beitritt zur Technischen Nothilfe nicht zu empfehlen ist.

Bei den Vorberatungen zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. ist vorgezogen, daß sich der Kongreß mit der Krise und den Wegen zu ihrer Überwindung befassen muß. Es soll hierzu durch eine umfassende Begründung eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage geschaffen werden. In der Diskussion wurden die Anregungen einstimmig gutgeheißen.

Zu dem Bericht über die allgemeine Lage wurde in der Diskussion besonders hervorgehoben, daß die Erreichung der Arbeitszeitverkürzung das Primäre sei. Von allen Rednern wurde einmütig die Auffassung vertreten, die Gewerkschaften können in der heutigen Situation nicht mehr mit der erfolgversicheren Kraft vorgehen, die sie unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen ausbringen könnten. Es wird aber die Zeit kommen, in der die Gewerkschaften ihren Gegnern beweisen werden, daß ihr Kampfeswille durch die heutige Krise sich zwar nicht voll entfalten kann, aber ungebrochen ist und zu gegebener Zeit die ganze Kraft der Organisationen einsetzen wird, um das verlorene Gelände wieder zu gewinnen.

Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gelegliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verhandlung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von den staatlichen Schlichtungsstellen Schiedssprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.

Zur Lohnfrage beschloß der Bundesausschuß:

Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesehen wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Armen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reiflos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Anreiz des wirtschaftlichen Lebens, momentlich aber die Grundlage der Existenz weiterer Kreise der Handels- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rückwärtsgehenden Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.

Nach Erledigung verschiedener organisatorischer Fragen schloß Leipart die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorge der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben trotz alledem keinen Anlaß zur Ratlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorgen der Massen auf sich zu nehmen und die Ratlosigkeit aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichem Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Zur Betriebsrätewahl

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen stehen im Zeichen schwersten wirtschaftlichen Niederganges. Wirtschaftlicher Niedergang bedeutet Erwerbslosigkeit, Verminderung der Kaufkraft und ein immer tieferes Sinken der Existenzmöglichkeit.

Was ist der Sinn des Betriebsrätgedankens? Ist es wirklich nur ein alljährlich sich wiederholendes Neuwählen oder schlummert hinter diesem Gedanken nicht ein Teil jener Zukunft, für die wir alle täglich kämpfen?

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesellen sich dieses Jahr noch politische besonderer Art, die die Betriebsrätewahl maßgebend beeinflussen. Die Septemberwahl brachte ein großes Anschwellen des radikalen Nationalismus. Trotz der äußerlich fanatischen Ablehnung marxistisch-demokratischer Grundzüge, versuchen die Rechtsradikalen mit dem verfassungsmäßig gegebenen Mittel der Betriebsrätewahl in den Betrieben Einfluß zu gewinnen und die Macht an sich zu reißen. Ihr Ziel ist die Errichtung der faschistischen Diktatur. Und dazu soll ihnen die organisierte Arbeiterschaft verhelfen.

Wirksamste Unterstützung finden die Rechtsradikalen in ihrem Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft auf der äußersten Linken, der sogenannten KPD. Auch hier beobachten wir daselbe Prinzip. Sie wirbt um die Gunst des Arbeiters. Selbst als Diktaturanbeter benutzte sie auch hier demokratische Mittel um Einfluß zu gewinnen. Überall dort, wo sie schon maßgebenden Einfluß beizog und ihre Tätigkeit entfalten sollte, waren die Arbeiter nach kurzer Zeit die Leidtragenden.

Schütze deine Unterstützungsrechte!

Am 21. März ist der 13. Wochenbeitrag fällig

Der Betriebsrätgedanke ist in den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft eine alte Forderung. Die Vorläufer unserer modernen Betriebsräte, die Arbeiterausschüsse, haben erstmalig in der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 Erwähnung gefunden. Das Ziel der Betriebsvertretung ist, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen bewußt einzuwirken, die menschliche Arbeitskraft zu schützen, und nicht zuletzt ein mitbestimmender Faktor in der Gestaltung sämtlicher Arbeitsfragen zu sein. Der einzelne Mensch soll sich dessen bewußt sein, daß er dem Unternehmer nicht als Knecht gegenübersteht, sondern in erster Linie als Mensch, der für eine Leistung eine der jeweiligen sittlichen Übung entsprechende Gegenleistung zu beanspruchen hat. Durch Erkennen und Eindringen dieser Gedanken in das Bewußtsein des einzelnen, soll der Mensch frei und ohne irgendwelche Hemmung Mitglied der Gesellschaft sein. Diese hohe sittliche Forderung wird von der organisierten Arbeiterschaft und ihren wirtschaftlichen Vereinigungen, den Gewerkschaften, alljährlich leidenschaftlich erkämpft.

Die menschliche Gesellschaft stand bis zur Revolution diesem Gedanken feindselig gegenüber. Ihr war die alte liberal-konservative Auffassung oberstes Gesetz und jede andere Geistesströmung war verpönt und wurde bekämpft. Die Vorkämpfer und Befechter der heutigen freigewerkschaftlichen Richtung wurden jahrelang verfolgt und als die schlechtesten Menschen selbst von den eigenen Kameraden verachtet.

Zur politischen Freiheit gehört die wirtschaftliche Freiheit. Nur eine derselben zu besitzen, heißt die Hälfte besitzen. Die politische Freiheit brachte uns der November 1918. Zur wirtschaftlichen Freiheit gehört der seit elf Jahren zum Gesetz erhobene Betriebsrätgedanke. Immer dann, wenn sich die Arbeiterschaft auf gezieltem Wege eine Position errungen hat, versuchen unsere wirtschaftlichen Gegenspieler diesem die Spitze abzubiegen. So auch jetzt. Daß der radikale Nationalismus seine beste Stütze in den Reihen des Kapitals findet, ist bekannt. Diese Bewegung ist es, die dazu ausersehen ist, den Arbeiter im Betriebe von seinem Ziele abzulenken. Dem klaren, zielbewußten Vordringen unserer Gewerkschaften, wirkungsvoll unterstützt durch die Betriebsräte, sollte Einhalt geboten werden. Immer wenn das Kapital bedroht war, brachte es daselbe fertig, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken und so seine Rolle als Herrscher weiterzuspielen.

Aber mögen die Anstürme der Gegner und ihrer Verbündeten noch so heftig sein, sie werden und müssen scheitern an der organisierten Masse, an der organisierten Kraft, an dem zielklaren Willen der hinter den Gewerkschaften stehenden organisierten Arbeiterschaft.

Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten zur Betriebsrätewahl schreiten und danach handeln, so können wir, trotz Wirtschaftskrise, ruhig in die Zukunft blicken. In dem Durcheinander des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind wir dazu berufen der sichere Pol zu sein, an dem die alte Wirtschaftsauffassung zerfällt und durch eine sozialistische abgelöst wird.

Lohnabbau in Ostpreußen

Von 22 ostpreußischen Brauereien kündigten 16 die Lohnvereinbarungen zum 31. März 1931, während 6 von der Kündigung keinen Gebrauch machten. Dem Arbeitgeberverband in Königsberg gehören 8 Brauereien an, die unter die gekündigten Lohnverträge fallen. Er wird auch als Antreiber zur Kündigung für die ihm nicht angehörenden Brauereien in Betracht kommen.

Ausgerechnet die am besten fundierten Brauereien glauben die Löhne abbauen zu müssen. Die Höhe der Abbauforderungen ist noch nicht bekannt, nur das Bürgerliche Brauhaus A.-G., Insterburg, verlangt eine Kürzung um 15 Proz., obwohl es im letzten Geschäftsjahr eine noch höhere Dividende verteilte als früher.

Es soll nicht bestritten werden, daß ein Rückgang des Bierkonsums in den letzten Monaten eingetreten ist. Er beträgt in der ostpreußischen Brauindustrie jedoch keine 40 Proz., wie immer wieder öffentlich bekanntgegeben wird, sondern hat im letzten Geschäftsjahr gegenüber dem vorigen durchschnittlich nur 10 Proz. betragen. Einige Brauereien haben sogar eine Absatzsteigerung zu verzeichnen.

Es liegt demnach für die Brauereien kein Grund vor, die Löhne zu drücken. Steht doch nachweislich fest, daß die Löhne der Brauereiarbeiter in Ostpreußen noch 20 bis 25 Proz. unter den Löhnen der Brauereiarbeiter in Schlesien, Pommern und des östlichen Brandenburg liegen.

Jetzt haben die Brauereiarbeiter durch Einführung von Kurzarbeit einen wöchentlichen Minderverdienst von 15 bis 20 Proz. zu ertragen. Die Kollegenchaft vertritt einmütig die Ansicht, daß die Einführung der Kurzarbeit nur zum Zwecke einer Lohnminderung erfolgte und nicht aus einem Notstande der Brauereien selber. Der verminderte Absatz ist auch bereits ausgeglichen durch Entlassungen. Aus all diesen Gründen lehnen die ostpreußischen Brauereiarbeiter die Forderung der Brauereiunternehmer ab.

Auch

die sächsischen Bäckermeister

Vom Obmann des ersten Verbandsbezirktes des Saxonica-Verbandes der Bäckerinnungen wurde an unsere Organisation die Zumutung gestellt, obwohl der Tarifvertrag bis 30. Juni 1931 Geltung hat, jetzt schon in Verhandlungen einzutreten über die Unternehmerforderung auf einen Lohnabbau von 20 Proz. Recht eigenartig mutet dieses Schreiben an. Es darf wohl auch von den Führern der sächsischen Bäckerinnung erwartet werden, daß der bestehende Tarifvertrag nicht ein Fetzen Papier ist, der beliebig geändert werden kann. Auch die uns von den Unternehmerführern mitgeteilte Tatsache, daß sich die gelben Meistertreuen mit der Bäckerinnung in Burastadt darüber geeinigt hätten, den Wünschen der Bäckermeister auf Lohnsenkung Rechnung zu tragen, kann uns an unserer Einstellung nicht hindern.

Es wurde auch dem Verbandsbezirk Saxonica Mitteilung gemacht, daß wir nicht in der Lage sind, während der Geltungsdauer des Tarifvertrages eine Änderung der Lohnsätze vornehmen zu können. Hoffentlich werden sich die Bäckerinnungen im klaren sein, daß auch für sie die Einhaltung des Tarifvertrages maßgebend ist.

Starke Preiserhöhung an der Getreidebörse

Durch die Erhöhung der Zollsätze auf Roggen soll die Einfuhr des in Holland eingekauften Roggens, wobei auch der Kampfmeyer-Konzern beteiligt ist, unterbunden werden. Gewiß wird dieses Ziel erreicht, aber durch die durch nichts gerechtfertigte Zollerhöhung trat weiter eine starke Preiserhöhung des Weizens an den Getreidebörsen ein. Nach der Statistik des deutschen Landwirtschaftsrates befinden sich nur noch 17 Proz. der Winterweizenernte, etwa 700 000 Tonnen, in den Händen der Landwirtschaft. Da jedoch monatlich etwa 350 000 Tonnen Weizen benötigt werden, so kann der Bedarf aus eigener Ernte nur noch zwei Monate gedeckt werden. Weiter kommt hinzu, daß durch die völlig ungenügende Herabsetzung des Vermahlungszwanges und den enorm hohen Weizenzoll die Einfuhr des Auslandsweizens fast vollständig unterbunden ist. Die Einfuhr betrug im Januar nur 55 000 Tonnen gegen 278 000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Aus diesem Zustand ist nur dann ein Ausweg zu ersehen, wenn die Einfuhr an Weizen unbedingt gesteigert und der Vermahlungszwang noch weiter ermäßigt wird.

Es gewinnt immer mehr und mehr den Anschein, daß sich die Regierung mit ihrer überspannten Zollpolitik für die Landwirtschaft in eine Sackgasse ver-

rann hat. Auch bei dem Roggenbedarf ist das gleiche Verhältnis festzustellen. In den Händen der Landwirtschaft befinden sich nur noch 1 360 000 Tonnen bei einem monatlichen Bedarf von 670 000 Tonnen, so daß auch die Roggenvorräte nur noch zwei Monate für die Bedarfsdeckung ausreichen. Gewiß liegen noch Vorräte aus der Stützungsaktion bei der deutschen Getreidehandels-Gesellschaft, aber immerhin bleibt für den Frühsommer dennoch eine Verknappung des Roggens. Es wird wohl der Regierung nichts anderes übrigbleiben, als baldigst von ihrer überspannten Zollpolitik abzugehen.

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit 1930

Nach den Berichten aus unseren Ortsgruppen ist im vergangenen Jahre eine außerordentlich starke Steigerung unserer arbeitslosen Verbandsmitglieder zu verzeichnen. Während im vorigen Jahre die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 7,37 Proz. im Gesamtverbandsgebiet betrug, erhöhte sie sich bis Ende des Jahres 1930 auf 11,37 Proz. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg in dieser Zeit auf 32 951, hinzu kommen 20 152 Arbeitslose, so daß 53 103 Arbeitnehmer im Verbandsgebiet gezählt wurden, die arbeitslos oder auf Kurzarbeit gesetzt waren. Fast der dritte Teil aller unserer Verbandsmitglieder waren Ende Dezember 1930 vorhanden, die keine Vollarbeit oder überhaupt keine Arbeit aufwiesen.

Von den einzelnen Berufsgruppen ragt ganz besonders heraus: die Getränkeindustrie, die im Januar 1930 3459 Arbeitslose aufwies und Ende des Jahres 7389 Arbeitslose hatte. Ebenso ist auch diese Gruppe bei den Kurzarbeitern allen anderen voraus. Im Januar wurden uns in der Getränkeindustrie 1662 und im Dezember 21 373 Kurzarbeiter gemeldet. Dann folgt die Süßwarenindustrie mit 4634 Arbeitslosen im Januar und 6625 im Dezember. Hier ist wieder die Kurzarbeit am Ende des Jahres gegenüber dem Jahresanfang von 6261 auf 6104 zurückgegangen.

Starke Zunahme der Arbeitslosen weist das Bäckerhandwerk von 3435 auf 4891, das Fleischerhandwerk von 2256 auf 3732, die Mühlenindustrie von 1833 auf 2351 und die Böttcherei und Weinküferei von 1284 auf 2314 Personen auf. Bei der Kurzarbeit verzeichnet die Bäckerei eine riesige Zunahme von 368 auf 1536, die Böttcherei von 369 auf 1356, die Mühlenindustrie von 443 auf 1059 Personen auf.

Mit Jahresbeginn ist eine weitere Steigerung zu verzeichnen. Ende Januar waren 27 115 arbeitslose und 39 221 kurzarbeitende Verbandsmitglieder von der allgemeinen Wirtschaftskrise betroffen.

In den Armen liegen sich beide

Wischnöwski hat eine große Eroberung gemacht. Auf drei Spalten seines Blättchens schlägt er die tollsten Purzelbäume vor Freude „über das erhebende Beispiel, daß ein älterer Kollege, nachdem er sich im gegnerischen Verband viele Jahre irreführen ließ, seine wirtschaftlichen Vollmachten vertrauensvoll in die Hände des Bundes legt“. „Nach über 15 Jahren habe der Kollege eingesehen, daß er seine wirtschaftlichen Vollmachten in falsche Hände gelegt habe.“

Wer ist derjenige, der so lange braucht, bis er das notwendige wirtschaftliche Verständnis fand? Paul Balschweit, weiland Backmeister im bürgerlichen Konsum- und Wirtschaftsverein in Bremen, der nun im gelben Hafen vor Anker ging. Wir gönnen den Gelben diese Eroberung. Unser Verband hat keinen Verlust zu beklagen. Balschweit hat zu seinem Freund Müller gefunden, mit dem er schon immer geistesverwandt war und zu dem er im Innern seines Herzens gehörte. Seine früheren Mitarbeiter im Konsum- und Wirtschaftsverein haben recht behalten, die vor etwa sieben Jahren den Weg vorauszeichneten, den B. noch einmal gehen würde. Er ist den Weg aller Radikalinskas gegangen. Seine beiden Freunde Müller und Tobies standen auch mit ihm politisch auf dem linken Flügel. Nichts war diesen Helden radikal genug. Von den Verbandsangestellten verlangten sie keinerlei Rücksichtnahme auf das Bäckerhandwerk, sondern nur den Großbetrieb zu fördern. Das Kleinhandwerk sollte so schnell wie möglich vernichtet werden. Weil aber die Organisationsleitung wußte, daß ein gesundes Handwerk auch den Handwerksgesellen Lohn und Brot gab, und den radikalen Phrasen nicht folgte, taugte sie nichts und sollte beseitigt werden. Heute machen diese „Revolutionäre“ in Handwerkstreue:

Trotz seiner radikalen Einstellung war B. bei seinen Kollegen als der größte Leitretter bekannt; mit seinen

Direktoren und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates Dr. W. pflegte er am liebsten Umgang. Wenn er als Betriebsratsmitglied an den Aufsichtsratsitzungen teilnehmen konnte, fand sein Entzücken keine Grenzen. Hier war doch der Ort, wo er seine Mienen für seine eigenen Zwecke legen konnte. Sein Verräterspiel 1925, anlässlich des Kampfes um den Arbeitsbeginn, ist noch in aller Erinnerung. Ueber 800 Bäckermeister und Gesellen hatten in einer gutbesuchten machtvollen Kundgebung beschlossen, die Verordnung des Bremer Senats — um 5 1/2 Uhr mit der Arbeit zu beginnen — nicht durchzuführen. Selbst die Bremer Bürgerschaft (Landtag) konnte sich dem Einfluß dieser Kundgebung nicht entziehen und ersuchte den Senat, die Verordnung zurückzuziehen. Aber B. als bekannter Gewaltmensch setzte in trauter Gemeinschaft mit den Direktoren die Kollegenschaft so unter Druck, daß sie unter seinem Einfluß den Forderungen der Direktion nachgab und trotzdem um 5 1/2 Uhr mit der Arbeit begann. Als die Verbandsleitung es durchsehte, daß die Belegschaft Solidarität mit dem Gesamtgewerbe übte, hatte dieser Held allein den traurigen Mut, für den 5-Uhr-Anfang zu stimmen. Angesichts seiner Niederlage stieß er gegen seine Kollegen die Drohung aus: „Na, ihr werdet schon sehen, was ihr gemacht habt, und was nun folgen wird.“ Gefolgt ist die Bezahlung für B., der für seine der Direktion geleisteten Liebesdienste zum Backmeister ernannt wurde. Seine ständige Miniarbeit gegen den alten Backmeister D. G. blieb nicht ohne Erfolg. G. war seit Errichtung des Betriebes Backmeister und wurde nach fast 20jähriger Tätigkeit eines Tages entlassen. Denn B. erzählte jedem, der es wissen wollte, G. taugte nicht als Backmeister. Er habe die Leute nicht im Zug, er beschäftige zuviel Leute, den Kunden würde zuviel für das Geld gegeben, an der geringen Rentabilität des Betriebes sei nur G. schuld und anderes mehr. G. wurde entlassen und Balschweit Backmeister. Wer bisher seinen wahren Charakter noch nicht kannte, hatte jetzt hinreichend Gelegenheit ihn kennenzulernen. Um seine totale Unfähigkeit zu veranschaulichen, glaubte er gegen seine ehemaligen Mitarbeiter einen altpreussischen Unteroffizierston anschlagen zu müssen. Der Mehlbodenarbeiter Balschweit konnte wohl alte Semmeln zu Semmelmehl vermahlen, vom Baden hatte er jedoch keine Ahnung. Die Mitwisser seines Nichtkönnens sollten beseitigt werden. Leute, die schon 15 und mehr Jahre im Betriebe beschäftigt waren, alle Familienväter, sollten entlassen werden, da sie wußten, daß sein berufliches Können im ungelährten Verhältnis zu seinem Mundwerk stand. Ohne den Schatten eines Beweises wurden sie beschuldigt, dem B. Schwierigkeiten zu machen, allerlei Fremdkörper, Kautabak, Holentwürfe, Nägel usw. in den Brotteig geworfen zu haben. Kein Mensch fand etwas, nur immer Backmeister Balschweit. Seine gemeinen Pläne gelangten ihm nicht, denn die Direktion hatte inzwischen erkannt, was Geistes Kind ihr neuer Backmeister war. Auch wurde festgestellt, daß er keinen blaffen Schimmer hatte, welche Zutaten zu den Backwaren genommen werden. Doppelt soviel an Butter, Zucker usw. gab dieser „Fachmann“ als Kalkulationsgrundlage an, als in Wirklichkeit zu der Ware genommen wurde. Auf einer hohen Bildungsstufe hat B. nie gestanden, das werden ihm alle früheren Versammlungsbesucher bescheinigen. Als er die Backstube mit einem Viehhof verwechselte und seinen Gemeinheiten die Zügel schießen ließ, was zu ständigen Gezissen mit der Belegschaft führte, wurde B. eines Tages als der schuldige Teil fristlos entlassen.

Daß er auch ständig mit den sozialpolitischen Gesetzen, die für die Bäckergehilfen erlassen sind, in Konflikt kam, versteht sich von selbst. Ständig mußte die Organisation hier eingreifen, und seinen Ausschluß aus der Organisation hatte er damals schon verdient. Nur die Rücksicht auf den älteren Kollegen hielt die Organisationsleitung davon ab. Infolge seines guten Verdienstes im Konsum- und Wirtschaftsverein konnte sich dieser Held trotz Beitragszahlung an den Verband so viel zurücklegen, daß er auch noch selbständig werden konnte. Da man aber auch als Bäckermeister etwas vom Handwerk verstehen mußte, war auch hier seines Bleibens nicht lange. Nach einigen Wochen war sein bürgermeisterliches Dasein beendet. Der neue Retter des Handwerks wurde dann wieder Backmeister in der Brotfabrik W. in Osnabrück, um nun wieder das Handwerk bekämpfen zu können. Nach kurzem Gastspiel mußte er die Stadt seines Wirkens verlassen.

Seine Liebedienerei und seine Unfähigkeit haben B. um seine sichere Stellung in Bremen gebracht. Unfähigen Leuten kann auch die Organisation nicht helfen. Nun glaubt er, ausgerüstet mit der gelben Visitenkarte, Geschäfte bei den Bäckermeistern, die seine schlimmsten Feinde waren, machen zu können. Den „Krautern“, von denen er früher zu jedem Frühstück ein Duzend verzehrte, will er nun sein Backpulver andrehen. Er hat etwas von seinem Freund Müller gelernt: abends in trauter Gemeinschaft mit dem Obermeister in die Gesellenversammlungen gehen und in Handwerkstreue machen.

Wir gönnen den Gelben ihre neue Eroberung. Sie hat Stoff für die Leimruten gegeben. Alle verkrachten Existenzen finden sich heute bei den Gelben zusammen, um in Handwerkstreue zu machen, in Wirklichkeit aber, um persönliche Geschäfte zu tätigen. Eine Organisation, die geführt wird von dem früheren Zigarrenhändler Wischnöwski, dem Hefevertreter Müller (Bremen), Gemüsehändler Bobbe (Bochum), Backpulverreisenden Balschweit und Hefehändler Kirchner (Berlin), hat alle Ursache, sich Handwerkstreue zu nennen, denn all diese Handwerkstreiter wollen nur die Bäckergehilfen zu ihren eigenen Geschäften benutzen und „weinen vor Schmerz und Freude“.

Schneidewindiges

Fleischerobermeister und M. d. R. Karl Schneidewind aus Mülheim-Köln hatte mit seiner Jungferrede im Reichstag entschieden Pech. Vom Zentrumsabgeordneten Schlaad wurde ihm durch folgende Feststellung auf seine schneidige und windige Aufschneidererei eine tüchtige kalte Dusche verabsolgt, die nach dem Stenogramm so aussieht:

Bei der Behandlung der Frage der gesundheitlichen Ernährung des deutschen Volkes kann ich leider nicht an einigen Ausführungen vorbeigehen, die der Herr Kollege Schneidewind bei der Beratung des Reichsernährungsministeriums gemacht hat. Er hat in seiner Rede ausgeführt:

1. Gefrierfleischzufuhr ist nicht notwendig, da ebenso gutes und billiges inländisches Fleisch zur Verfügung steht. — Ich will die Frage hier im Augenblick nicht entscheiden, sondern will nur die Ausführungen feststellen.
2. Er verkaufe in seinem Laden ein gutes Ochsenfett zu 30 Pfennig das Pfund.
3. Ein Metzger in Kaiserslautern verabsolgt eine erstklassige Wurst zu 20 Pfennig das Pfund.
4. Er, Schneidewind, gebe dieselbe Qualität ab mit 30 Pfennig das Pfund.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, Köln ist als eine der teuersten Städte Deutschlands bekannt, und es ist begreiflich, daß ein solch billiges Angebot eines neu ersiehenden Sterns auf dem Gebiete der Ernährung Deutschlands in Köln starkes Aufsehen erregt hat (Zuruf von den Soz.: Mülheim hat geflaggt! — Heiterkeit). Ich habe deshalb, da ich doch auch Kölner bin, versucht, eine Klärung herbeizuführen, und habe mich an einen Vertrauensmann gewandt mit der Bitte, mir doch umgehend telegraphisch Bescheid zu geben, ob denn auf einmal Köln zu den billigsten Städten in Deutschland geworden wäre, und ob das stimme, was der Herr Kollege Schneidewind angegeben hat. Nun ist mir von diesem meinem Vertrauensmann folgendes Telegramm zugegangen:

„Bei Schneidewind kostet ein Pfund Nierenfett 40 Pfennig (Hört, hört!) — stop — (Heiterkeit), ein Pfund Blutwurst (die billigste) 60 Pfennig (Hört, hört!) stop — ein Pfund Geberwurst 60 Pfennig — stop — ein Pfund Suppenfleisch mit Knochen 1 Mk., alles geringe Qualität. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.)

Daraus ergibt sich also, daß Herr Schneidewind folgendes falsch dargestellt hat: Das Fett hat er 35 Proz. billiger angegeben, die Wurst 100 Proz. und das Rindfleisch 50 Proz. (Erneute Rufe: Hört, hört! — Abg. Schneidewind: Das stimmt nicht, was Sie sagen, lesen Sie das Stenogramm durch; es hat gar keinen Wert, daß sie solchen Kahl hier verzapfen!) — Sie haben mit Ihren Darlegungen sehr windig aufgeschritten. (Abg. Schneidewind: Sie können doch nicht alle „Schlaad“-Wurst essen!)

Ich möchte noch etwas weiteres dazu sagen. Ich kann nicht verstehen, weshalb Herr Schneidewind sich hier hinstellte und sich auf einmal auf den Kriegspfad gegen die Konsumgenossenschaften begab. Dabei stehe ich in einem gewissen Vertrauensverhältnis zu ihm (Hört, hört! links). Ich bin nämlich Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine, und in Köln besteht eine Genossenschaft „Eintracht“, die meinem Verbandsangehörigen ist. Die „Eintracht“ telegraphiert mir:

Karl Schneidewind ist seit 1922 Mitglied der „Eintracht“ unter Nr. 81 239. (Stürmische Heiterkeit. — Zurufe: stop!)

Aber noch ein weiteres, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Herr Kollege Schneidewind ist so von der Güte der Konsumgenossenschaft überzeugt, daß er nicht nur sein ganzes Vertrauen, sondern sein Geld hingab; denn die Genossenschaft telegraphiert weiter:

Schneidewind hat bei uns 5 000 Mk. Spargeld eingezahlt (Hört, hört! links).

Anstatt daß also Herr Schneidewind zu seiner Handwerkergenossenschaft, zur Gewerbebank geht und dort

sein Geld hinlegt, hat er es nur Konsumgenossenschaft getrotzt. (Rufe bei den Ex: Sehr gut!) Das ist eine Zurechtweisung, die man sich nicht denken kann. (Lächeln des Bräutigams.)

Ich habe geglaubt, daß der Ausschluß des Herrn Schneidewind nur zur Frage des Gesundheitszustandes gehörte; da habe ich die Verbindung mit dem Ex: gelöst.

Ich komme zum Schluß meiner Darlegungen. In der „Fleischergesellen-Zeitung“ ist die Rede des Herrn Kollegen Schneidewind wiedergegeben, und neben einem Bilde des Kollegen Schneidewind, das dort gezeigt wird, wird gesagt, daß Herr Schneidewind seine Jungfernerede gehalten hätte und daß diese „Jungfernerede“ auf einer Schallplatte aufgenommen worden sei.

Ich nehme an, daß die Wirtschaftspartei diese Schallplatte vom Reichstag erwerben wird. Ich bin dann gern bereit, für die andere Seite der Schallplatte dieses Telegramm ebenfalls zur Verfügung zu stellen, und ich hoffe, daß es dann den Wählern der Wirtschaftspartei nicht verheimlicht wird. Ich möchte Ihnen das eine nur sagen, Herr Kollege Schneidewind: Bleiben Sie bei der Wahrheit. Die Wahrheit ist im politischen Leben auch selbst der Wirtschaftspartei ein unentbehrbares Postulat.

Auf diese blamable Art, die immer wieder die ohnehin schon lange Schärfe des Wortes erregt, hatte der Kollege Schneidewind die Kollegen Schneidewind nur folgende ländliche Erwiderung: Ich habe nicht gesagt, daß es bei mir so billige Bunt gibt. Mein Spargelkuchen bei der „Ginow“ ist durch die Inflation aufgebläht worden. Der „Ginow“ bin ich nur beigewesen, um zu kontrollieren, wie die Genossenschaft des Herrn Schneidewind am Wirtschaftstand verdient. Ich habe dadurch auch wertvolles Material über ihre Geschäftspraktiken erlangt.

Sollte es auch als R. d. R. in seinem Betriebe große Würde zur Schau und sich bei jeder Gelegenheit seinen Gesellen durchschleichen, daß er als Prominent der Jungfernerede mit der neuen Zeit auf gleichem Fuße steht. Dazu wird uns geschrieben:

Schneidewind ist als Obermeister Mitunterzeichner des Tarifvertrages für das Fleischerhandwerk, er ist jedoch der Auffassung zu sein, daß die gesetzlichen Bestimmungen nur für die anderen da sind, für ihn aber keine Geltung haben. Die Gesellen wechseln er fast alle vier Wochen. Selbstverständlich beschäftigt Schneidewind keine organisierten Gesellen, er holt sich diese vielmehr aus „seinem“ Gesellenverein, der voll unter seiner Protektion steht.

Die Arbeitszeit beträgt täglich 15 bis 16 Stunden. Sie beginnt morgens um 6 1/2 Uhr, gearbeitet wird bis nachts 10 Uhr, an mehreren Tagen sogar bis 12 Uhr. (M. D. Red.) Als sich vor etwa zwei Wochen der Gehilfe anmachte, morgens Kaffee zu trinken, holte ihn Herr Schneidewind mit den Worten vom Kaffeetisch weg: „Freß, wenn ich in Berlin bin, da hast du 14 Tage Zeit.“ Der Gehilfe mußte mit leerem Magen bis 1 1/2 Uhr, also acht Stunden arbeiten, ehe er etwas zu essen bekam. Samstagabend gab der schneidige Meister den Befehl: „Morgen, also am Sonntag, wird Brauwurk und Schwarzenmagen gemacht.“ Als sich der Gehilfe die Bemerkung erlaubte, daß die Sonnensarbeit verboten sei und er noch niemals am Sonntag gearbeitet habe, packte der edle

Meister ihn am Hals und warf ihn kurzerhand zur Türe hinaus. Knurrte, wie Idiot, Stier, Kröte und Hagen hinten nach. Der Gehilfe ging hierauf zur Kasse und holte sich einen Schupmann. Diesen brüllte Herr Schneidewind an „was wollen Sie hier, ich werde mit dem Mann allein fertig“. Er bestellte den Gehilfen dann auf Sonntag 12 Uhr. Als der Gehilfe Sonntag erfuhr, wurde er mit folgendem freundlichem Gruß empfangen: „Wenn du von mir einen Balg Bachs kriegst, die nimmst du selber ab. Wir kann keiner was wollen.“ Die letzte Neuerung dürfte wohl auf das hohe Bewußtsein seiner Immunität als R. d. R. zurückzuführen sein. Hierauf legte der tapfere Meister dem 21-jährigen schwach gemachten Gesellen ein Schriftstück zur Unterzeichnung vor, daß er keinerlei Ansprüche mehr an ihn habe. Unter der Drohung blieb dem Gesellen nichts anderes übrig, als zu unterschreiben. Trotzdem wird der tapfere Meister natürlich vom Verband zur Rechenschaft gezogen werden und es wird ihm Gelegenheit geboten werden, als R. d. R. vor dem Arbeitsrichter seinen Wert zu befechten. Es braucht



Keine Stimme der Maulaufreißer

mag kaum gelagt zu werden, daß der Wirtschaftler Schneidewind auch die Bezahlung der Ueberstunden vergessen hat.

Daß es auch in bezug auf Sauberkeit nicht weit her ist bei Schneidewind, beweist, daß der Gehilfe, der nur 18 Tage in diesem Betriebe ausgehalten hat, eines Tages drei Stück erlassene Mäuse in der Blellauge fand. Als er seinen Fund Schneidewind mitteilte, bekam er zur Antwort: „Da bist du selbst schuld dran.“

So windig steht es im Betrieb des Wirtschaftsparteilers und R. d. R. Schneidewind aus.

Eine widerlegte infame Lüge

Ende 1930 ging durch die Nazizeitungen, die „Fleischer-Zeitung“ (Meister) „Verbandszeitung“ und die „Deutsche Fleischergesellen-Zeitung“, mit hartem Aufwand an Druckkosten und in Schlagzeilen die Mitteilung, daß in der Fleischerei des Konsumvereins Markt „unerhörte Schandereien“ vorgekommen seien. Natürlich stimmte in dieses Freudenheul, endlich etwas gefunden zu haben, den Konsumvereinen eine angeblich zu können, die gesamte mittelständliche Presse der NS- und Kampfpartei ein. Eine ungläubige Hege mit den angeblich verarbeiteten Hammehöhren und Schweinehälften setzte ein, die nur den Zweck hatte, die Konsumvereinsfleischereien zu lächerlichen und den Fleischereimeistern die abtrünnigen Kunden wieder zuzuführen. Wir könnten diese Sache damit abtun, daß es sich hier um Konkurrenzschwäche schlimmster Art handelt und die Verteidigung den Konsumvereinen überlassen. Da aber in die Welt hinausposaunt wurde, daß diese „Schandereien“ von Fleischergesellen vorgekommen wurden, sind wir verpflichtet, über den Ausgang dieser gemeinen Hege zu berichten.

In der Konsumfleischerei Markt wurde ein Fleischergeselle Dawel beschäftigt, der sich große Pflichtverletzungen zuschulden kommen ließ und, nachdem er mit dem Messer auf den Betriebsleiter losging, kurzerhand an die Luft gesetzt wurde. Dieser Kronzeuge mußte dann nichts Besseres zu tun, als die Konsumfleischerei und ihren Betriebsleiter in der infamsten Weise in der Öffentlichkeit zu verächtlichen. Das Amtsgericht Markt trennte gegen den Betriebsleiter ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz an und bestrafte ihn mit 300 Mark Geldstrafe. Dabei anerkannte der Einzelrichter, daß in der Konsumfleischerei eine peinliche Sauberkeit herrsche. Im Berufungsprozeß wurde aber der Betriebsleiter vor der Strafkammer Sorau freigesprochen! Es stellte sich heraus, daß Dawel nur aus Rache gehandelt hat und alle diese Lügen in unverantwortlicher Weise kolportiert hat.

Damit ist eine Hege zusammengebrochen, denn alle Zeugen mußten befehlen, daß in der Fleischerei vorbildliche Ordnung herrsche. Die Fleischereinnung und die Wirtschaftspartei haben mit Geldern nicht gespart, durch Flugblätter und Artikel in der bürgerlichen Presse den „Fall Markt“ weidlich auszuschlachten. Ihre Kampagne ist verpufft, nachdem festgestellt wurde, daß sich der Einzelrichter vor dem Amtsgericht Markt in seiner Entscheidung irrte. Es bleibt nur abzuwarten, wie sich die mittelständliche Presse zu diesem rehabilitierenden Urteil verhält. Sie hatte ihren „Fall Markt“ und wird die Richtkorrektur in einer verstockten Ego vornehmen. Anders jedoch mit dem Fleischereihilfs-Bund! Seine im Interesse der Meisterchaft und der Wirtschaftspartei erfolgte Denunziation von Fleischergesellen muß tiefer gehängt werden! Wenn sich für ihn die Gelegenheit bietet, sich lieb Kind zu machen, ist diese „Auch-Gesellenorganisation“ sicher bei der Partie. Sein Freudenheul, mit dem er verächtlich die Arbeitgeberpresse zu überschreien, ist auch diesmal vergeblich gewesen!

Eine Mahnung

Das Heer der arbeitslosen Konditorgehilfen ist groß und zeigt auch bei Beginn des Monats März eine noch immer steigende Tendenz. In Berlin wurden am Schlusse des Monats Februar durch das Arbeitsamt 1000 itellungslose Konditorgehilfen gemeldet, eine Zahl, an die selbst die Kollegen nicht glaubten, die

„Im Westen nichts Neues“

Sein Wochen erwarteten wir in Trier die Gelegenheit, den in Deutschland verbotenen Film „Im Westen nichts Neues“ im nahen Ausland sehen zu können. Nunmehr ist der Zeitpunkt da. Abends fahren vom Gewerkschaftshaus Auszüge und bringen Gesinnungsgenossen nach dem Nachbarländchen Luxemburg. Von Trier in der Führerführungsort nur einige Kilometer entfernt. Die Fahrt geht westlich. Auf derselben Straße, wo deutsche Truppen dem Beträgnis entgegenkamen - August 1914. Damals war ich noch Schuljunge. Ich erinnere mich an den Mobilmachungsstab. Hier auf der Straße sah ich die Fahrradkolonne ausfahren, die als erste deutsche Truppe die Grenze überschritt. Dort ist die damals schwerbeschadete Mafelstraße, die ich nur mit einem Juppischen in der Hand passieren konnte. Es in dieser Straße, auf der rheinische Regimenter Schritt auf Schritt folgten. In der Straße liegt der Militärbahnhof, von dem damals unaußgaham Transport auf Transport abrollte. Ich erinnere mich an den Kriegsraumel und an das „Spionensieber“ in den Straßen und Plätzen der Stadt. Humor und Ernst, Weinen und Hurra-Rufe waren zu vernehmen. Dazwischen die Worte: „An vier Wochen sind wir in Paris, Weihnachten sind wir zu Hause.“ Dann der Kommandant: „Die Vögeln im Wald...“

Die Grenze ist erreicht. Die Zoll- und Passformalen

werden vorgenommen. Noch eine kurze Strecke, dann steigen wir aus. Die Luxemburger behandeln uns geschäftsfreundlich. Während im deutschen Grenzland seit einigen Wochen die Schützengräber außergeröhnlich mager beiecht werden, steht man hier erschläge vor den Kassen, um ja noch einen Pfalz zu erwirken. Hier im Ort ist das Kino klein. Der Großstädter wird es „Flohkina“ nennen. Doch den verächtlichen Städter hört heute der Raum nicht. Die Filmwand ist entscheidend. Bislang sind in diesem Raume, er mag wohl 300 Menschen fassen, nur stumme Filme gezeigt worden. Jetzt ist eine Tonfilmapparat angebracht. Durch den glücklichen Zufall des überwiegenden Besuchs von Ausländern rentiert es sich ja zehnfach. - Wir nehmen Platz. Ein großes Blat mit einem deutschen Soldatengesicht erkenne ich an der Seitenwand. Es ist ein junger, bleicher Mensch mit blauen Augen. Strapazen, Leid und Not gibt sein Gesichtsausdruck wieder. Der tief im Genick liegende Stahlhelm macht das Gesicht noch elender. Man sollte mit diesem Bild jedem Stahlhelmaufmarsch entgegenmarschieren.

Das Licht verschwindet. Spannung. Es flackert auf der Filmwand. Hurra, hurra, tam-tam-tam. Marschmusik. Soldaten ziehen aus ins Feld. O Deutschland hoch in Ehren... Hüterinmud. Zujubeln und Winken. In einem Schussaal sitzen junge Menschen. Ein „Bädagoge“, Oberlehrer, spricht: „Wir haben das Glück, in einer Zeit zu leben, da müssen wir alle uns zusammenreißen und auch ein-

mal das Bittere überwinden.“ „Und über Kleinigkeiten niemals das große Erlebnis vergessen.“ - Seelenverkäufer. Blutungen Menschen wird der Krieg verherrlicht. An ihren Keldennut wird appelliert. Kriegsfreiwilige vor! Das Drama beginnt. - Bezirkskommando, Kasernenhof. Exerzieren - Schnauzen, Schikanieren. Gedanken ausschalten. Geist töten. Dazwischen der allherrschende Unteroffizier (Himmelstoch). Kriegsbegeisterte Jungens erleben die erste Enttäuschung. Unmenschlichkeit. An der Front sind wir freie Menschen, können für das Vaterland kämpfen. Ein Transport rollt nach dem Westen. Auf einem Eisenbahnwaggon steht die Aufschrift: „Jeder Schuß ein Russ.“ Es geht durch die Etappe. Und dann?! Front Langemarck-Birschkoote. Und nun beginnt das „Wert“, die physische und seelische Vernichtung von Menschen, aber auch das große unsterbliche Wert von Erich Maria Remarque. Man könnte es das literarische Grabmal auf den unbekanntesten Soldaten nennen. Hier ist keine Tendenz. Hier lebt, lämpit und stirbt einer wie der andere, Deutsche und Franzosen. Oder soll man bittere Wahrheiten mit Tendenz verwechseln? Man hierdurch vielleicht das Ansehen des deutschen Frontsoldaten leiden? Leidet vielleicht das Deutschtum durch den besten und menschlichsten Frontkameraden Rat? Rat soll ein Verbrecher sein? Nein, Rat ist in seiner Primitivität mehr Führer als das Große Hauptquartier samt Unerfährte. Unbestimmtes Warten. Grauen.

im April 1930, als 400 Kollegen arbeitslos waren, ein weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit voraussa-

Inzwischen hat sich die allgemeine Wirtschaftslage wesentlich verschlechtert, und die Gesamtzahl aller Arbeitslosen hat fünf Millionen erreicht. Leider wird die Auswirkung, daß fünf Millionen arbeitsfähiger Männer und Frauen ohne Einkommen in einem Industriestaat leben, verkannt. Im besonderen treiben die Konditorgehilfen alles andere als Wirtschaftspolitik. Sie glauben mit ihrem alten Berufsstolz, der oft in Berufsdübel ausartet, über alle Wirtschaftsfragen mit einer leichten Handbewegung hinwegzukommen. Würden sie aber im gegebenen Augenblick einmal ernstlich über die Verhältnisse im Konditorberuf nachdenken und das Ergebnis zusammenfassend betrachten, sie würden bald erfahren, daß in absehbarer Zeit an eine wesentliche Besserung nicht zu denken ist. Wie jeder weiß, ist das Konditorgewerbe nur zu 50 Proz. Bedarfsgewerbe und im übrigen Luxusgewerbe. Jeder Luxus wird nur dann in größerem Maße in Anspruch genommen, wenn weite Volksschichten auf Grund ihrer materiellen Lage dazu instande sind.

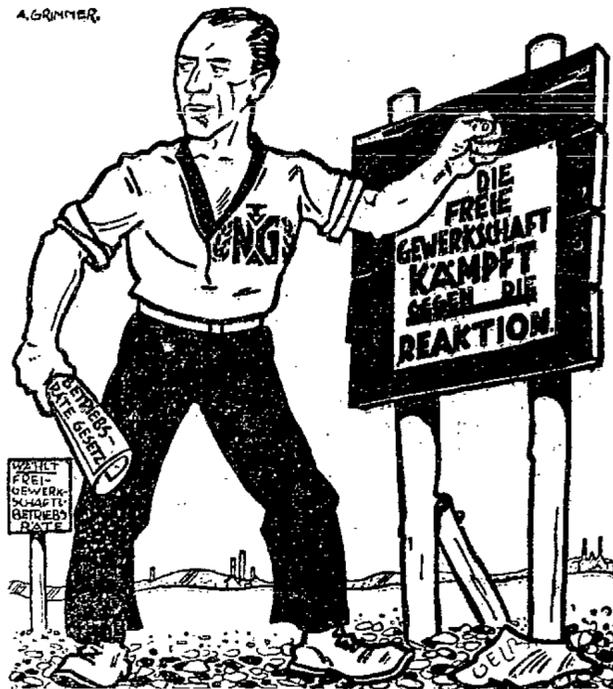
Neben dieser allgemeinen Wirkung kommt für den Konditorberuf wie auch für andere Berufe der Fortschritt der Technik und Chemie in Betracht und zeigt seine Auswirkungen in der Rationalisierung der Arbeitsweise. Dieser unaufhaltsamen Entwicklung haben bisher die Konditorgehilfen mit kaum zu verstehender Gleichgültigkeit gegenübergestanden. Sie haben mit wenigen Ausnahmen alles über sich ergehen lassen, was die Entwicklung der Zeit brachte. In ihren neutralen Gehilfenvereinen nahmen sie wohl ab und zu Vorträge über Kultur- und Wirtschaftsfragen entgegen, aber zu einer endgültigen Entscheidung darüber, sich einer wirtschaftlichen Organisation anzuschließen, ist es nur in wenigen Fällen gekommen. Heute rüttelt die Not der Zeit die Immermüden wach. Es zeigt sich immer mehr, daß die Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaft nicht leicht wieder gutzumachende Schäden für die Gehilfenschaft hinterlassen hat. Der Kampf wird nicht leicht, aber der Sieg wird sicher sein. Der Stundenzeiger steht auf zwölf. Entscheidet euch für unseren Verband, die größte und stärkste Arbeitnehmerorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Tretet ein!

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Februar

Die Arbeitsmarktlage in den Berufen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie wird ganz und gar von der allgemeinen Wirtschaftslage beeinflusst. Solange die große Arbeitslosigkeit mit der damit verbundenen Schwächung der Kaufkraft anhält, ist auch eine wesentliche Besserung der Beschäftigungslage in der Nahrungsmittelindustrie nicht zu erwarten. Im Reichsarbeitsmarktanzeiger wird zwar für die zweite Februarhälfte allgemein von einer geringen Wiederbelebung des Arbeitsmarktes gesprochen, jedoch ist von einer nennenswerten Besserung im Februar noch nichts zu spüren gewesen. Soweit die Industriegruppen unseres Verbandsgebietes in Frage kommen, wird dieses durch die folgende Feststellung bestätigt. So heißt es bezüglich des Bäder- und Fleischer-gewerbes, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten weiterhin unbefriedigend blieben. Auffallend seien die starken Entlassungen von Bäckern und Fleischern in den Großstädten des westfälischen Industriebezirks. In der Süßwarenindustrie entsprechen die geringen Einstellungen nicht der Saisonbelegung früherer Jahre. Dementsprechend fallen auch die Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter

unseren Verbandsmitgliedern aus. Ende Februar betrug die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder 27 354 gegen 27 115 Ende Januar. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich in dieser Zeit sogar von 39 221 auf 41 745 erhöht. Die höchsten Ziffern weist die Getränkeindustrie auf, besonders groß ist die Kurzarbeit in den Brauereien. So wirkt sich also der Ausfall an Arbeitseinkommen durch die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf die Konsumfähigkeit hinsichtlich des Bedarfs der notwendigsten Lebens- und Genussmittel aus. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der einzelnen Industriegruppen geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor.

Industrie-Gruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Januar 1931	Februar 1931	Januar 1931	Februar 1931
Getränkeindustrie . . .	7 753	8 191	26 292	27 729
Süßwarenindustrie . . .	5 601	5 504	7 005	6 370
Bäder und Konditoren	5 465	5 536	1 948	2 037
Fleischer	3 605	3 481	1 887	2 796
Müller	2 400	2 316	969	1 291
Böcker und Weinfässer	2 291	2 326	1 120	1 522
Insgesamt	27 115	27 354	39 221	41 745



Alle Stimmen der freien Gewerkschaft!

In den handwerksmäßigen Berufen, in der Bäckerei und Fleischer, ist die Arbeitslosigkeit besonders groß. Nach den Angaben der öffentlichen Arbeitsnachweise entfielen im Bäckergewerbe im Januar (für Februar liegen die Feststellungen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen 1858 Arbeitsgesuche! Die Zahl der offenen Stellen betrug 2500, vermittelt wurden 2123; insgesamt waren im Januar 46 440 arbeitslose Bäcker und Konditoren in den Arbeitsnachweisen eingetragen. Im Fleischer-gewerbe entfielen auf je 100 offene Stellen 2231 Arbeitsgesuche. Offene Stellen wurden 1023 gemeldet, vermittelt wurden 1008. Hier

waren insgesamt 22 826 Arbeitsuchende in den Arbeitsnachweislisten eingetragen!

Ungeachtet solcher Feststellungen sollte es wirklich keiner besonderen Begründung für die Forderung der Gewerkschaften bedürfen, um die Arbeitszeit wesentlich zu verkürzen, damit nicht ein großer Teil von arbeitsfähigen Menschen zur dauernden Arbeitslosigkeit verurteilt bleibt.

Lohnabbau ist Unsinn

Wir haben in der letzten Nummer der „Einigkeit“ auf den Vierteljahresbericht des Konjunkturforschungsinstitutes verwiesen und dabei die Prognose für die Entwicklung des Weltmarktes und auch des Inlandsmarktes wiedergegeben. Auf diesen Bericht geht auch die „Tageszeitung für Brauerei“ ein, indem sie ihn in Zusammenhang mit der Lage in der Brauindustrie bringt. Dabei ist es interessant festzustellen, daß die von dem Institut angeführten Ursachen des Verbrauchsrückganges vollinhaltlich anerkannt werden. Offen gestanden, es ist auch nicht möglich, andere Ursachen zu finden; möglich ist es jedoch, die Ursachen, unter denen die Brauindustrie besonders stark zu leiden hat, nicht von sich aus zu verschärfen, sondern sie unter allen Umständen zu mildern.

Von dem Institut wird festgestellt, daß die Verbrauchsgüterindustrien unter dem Druck eines stark verringerten Masseneinkommens stark zu leiden haben. Von dem genannten Unternehmerorgan wird diese Feststellung als besonders zutreffend auf die Brauindustrie wiedergegeben. Das stark verringerte Masseneinkommen wird von dem Institut auf folgende vier Ursachen zurückgeführt: 1. die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, 2. die Verdienstminderung durch Kurzarbeit, 3. der Abbau der übertariflichen Bezahlung, 4. die Senkung der Tariflöhne. An allen vier Teilursachen ist die Brauindustrie sehr stark beteiligt, das heißt, sie fördert die Verringerung des Masseneinkommens, obwohl sie weiß, daß von seiner Höhe der Bierverbrauch abhängt. Sie trägt ihr Teil zu den Arbeitslosenziffern bei, denn noch nie sind so viele Brauereiarbeiter arbeitslos gewesen wie gegenwärtig, obwohl die Zahl der Beschäftigten in der Brauindustrie annähernd derjenigen gleicht, die in den Jahren mit noch niedrigerem Bierverbrauch vorhanden war. Auch an der Verdienstminderung durch Kurzarbeit ist die Brauindustrie beteiligt. Ganz enorm ist die Zahl der kurzarbeitenden Brauereiarbeiter, eine Tatsache, die noch nie so stark in Erscheinung trat.

Nicht zuletzt ist die Brauindustrie auch beteiligt an der Senkung der Tariflöhne. Dabei schreckt sie nicht davor zurück, wie es in Sachsen geschah, in einer Eingabe an das Ministerium der Einführung der Besteuerung des Hausstrunkes mit der Motivierung entgegenzutreten, dadurch im Lohnabbau verhindert zu sein.

Dieses eigenartige Verhalten der Brauereien, die auf der einen Seite in der Einkommensminderung geschädigt werden, auf der anderen Seite aber selbst zu dieser Einkommensminderung beitragen, ist geeignet, Kopfschütteln zu erregen. Ungeachtet dieser Haltung besteht die Berechtigung, die Frage aufzuwerfen, von welchen Gedankengängen sich die Brauindustrie dabei leiten läßt, sie, die sonst immer für sich in Anspruch nimmt, große Einsicht zu besitzen. Die Antwort auf diese Frage ist denkbar einfach. Die Brauindustrie ist durch den Konzentrationsprozeß, den sie durchmachen mußte, und der sie zu dem durchrationalisiertesten Gewerbe machte, mit ausschlaggebenden Teilen ganz in die Hände kapitalistischer Unternehmer gegangen, die nur den Profit sehen, vor allem anderen aber die

Hunger. Granateinschläge. Einstürze, Getöse, Krachen, Splintern, Schreie. Wie entsetzlich ist alles. Die Gräben sind zertrümmert und zermüht. Eine Mine hat eingeschlagen und reißt Erde, Material und Menschen in Stücke. Das Feuer läßt nach. Drüben erheben sich aus den Gräben Franzosen und gehen zum Angriff vor. Sie stürmen. Trillerpfeifen erklingen. Aus den deutschen Unterständen kommen Mannschaften, die im gegnerischen Trommelfeuer unvorsichtiger blieben. Maschinengewehre werden aufgestellt. Sekunden. Handgranaten schleudern durch die Luft. Dumpfes Poltern. Das Schützenfeuer mäht. Grausam ist das Maschinengewehr. Es jagt die Patronenbilder unaufhaltsam ein und speit die Kugeln in den Ansturmenden in die Leiber. Menschen knicken zusammen und fallen wie Schneeflocken. Auf dem Boden wälzt und bäumt es sich wie Krümel Regenwürmer. Gestalten und Menschenteile hängen im Stachelndraht. Neue Wellen rennen vor. Franzosen erreichen die deutsche Stellung. Der Nahkampf beginnt. Leiber werden durchbohrt. Schädel zertrümmert. Der Handspaten, mit dem vorher Ratten und Mäuse kaputtgehauen wurden, dient nunmehr zum Spalten von Menschenkörpern. Angriff — Gegenstoß. Unerbittlich geht es weiter.

Grausam ist es im Feldlazarett. Körperteile sind amputiert worden. Sterben und immer Sterben. Mag auf dem Schlachtfeld das Sterben plötzlich und tierisch sein, so geht es hier langsam und mit Bewußtsein zum Sterben. Kameraden stehen vor dem Sterbe-

bett. Die letzten Worte werden gewechselt. Seelische Erschütterungen, ergreifende Szenen bei dem Absterben junger Menschen, die nicht sterben wollen.

Gleiche Not — gleiches Leid — gleiche Kameradschaft. Auf dem Schlachtfeld, im Unterstand, in Ruhestellung. Hier sind Kasernenhoffschaurer ein Dreiführer und Helfer sind ohne Rang: Rat.

Urlaub. Die Heimat ist dem Frontsoldaten fremd geworden. Nicht umsonst. Hier steht alles in voller Spießhaftigkeit. Zurück zur Front. Die Kriegsmaschinerie ist wieder in vollem Gange.

„Granaten, Gaschwaden und Tankflottillen — Zerstampfen, Zerfressen, Tod.

Ruhr, Grippe, Typhus — Würgen, Verbrennen, Tod.

Graben, Lazarett, Massengrab — mehr Möglichkeit gibt es nicht.“

So stirbt denn Rat, das Schicksal wollte es, daß ein Bombensplitter ihn ermittelte. Von den sieben Freiwilligen aus einer Klasse ist Paul Bומר der letzte Mann, der noch sterben soll. — Paul steht im Graben. Die Melodie eines Heimatliedes erklingt. Dicht an den Graben setzt sich ein Schmetterling auf die Erde nieder. Paul hebt seine Hand und will den Falter einfangen. — Drüben legt ein Scharfschütze Gewehr zum Schuß an. Ein Druck. Knall. Die tödliche Kugel hat auch ihn nun getroffen.

Der Film hinterläßt Eindrücke. Man kann ihn kritisch betrachten. Dafür wohl, weil das Buch mehr

erzählt. Es fehlt die vollständige Wiedergabe der Urlaubsszene. Das Kasernenleben wird nur zum Teil gezeigt. Hinzu kommt, daß auch Luxemburg zentriert hat. Die Szene mit den drei Flämmen fehlt. Auch Lazarett-szenen sind ausgeschnitten.

Man könnte sagen, die Filmdarstellung sei grob aufgetragen. Das seelische Moment sei stark zurückgetreten. Was kann schließlich die Darstellungskunst des Filmes? Seelisch geföhnen haben die Bühnenkunstwerke vom Kriege: „Grabmal des unbekannten Soldaten“, „Der Mann, den sein Gewissen trieb“, „Die andere Seite“, ganz andere Eindrücke hervor. So hat der Film an sich keine Schwächen. Aber ohne Enttäuschung zu sein, nichts ist an ihm unnatürlich. Einseitig übertrieben! Keine Spur. Primitivität im Essen vielleicht? So kann nur einer reden, der wohl keine Ahnung hat von alledem, wozu das Frontleben zwang. Es sind gemeine Schwächer, die sich die Begründung der Filmzensur zu eigen machen, weil sie damit glauben „nationale Distanz“ zu wahren. In Wirklichkeit kapitulieren sie wie die Zensurbehörde vor der Strafe. Das Verbot ist lächerlich, genügt aber, um das Ansehen des Deutschen herabzuziehen. Nach Vorstellungschluß sagte mir ein Luxemburger: „Ich verstehe nicht, warum die Deutschen den Film verboten haben, wo der Film doch die Tapferkeit und den Heldennut des Frontsoldaten zeigt.“

Blamage, Kulturschande, Reaktion.

Franz Jacobs.

Augen verschließen. Dieses Streben nach Profit wirkt Arbeiter auf die Straßen und die in Arbeit verbliebenen werden zu größeren Leistungen angetrieben. Dieses Profitstreben ist es auch, das zu einer Senkung der Tariflöhne führt, um den Profit für den ausgefallenen Absatz zu sichern. Die Sicherstellung des Profits auf dem Wege über die Aufrechterhaltung des Absatzes wird wohl anerkannt, da er aber ziemlich weit und dabei noch recht unsicher ist, wird Lohnsenkung gefordert, auch wenn dabei das Einkommen der Arbeiterschaft noch weiter gesenkt wird.

Diese Lohnsenkung ist Unsinn und ist genau so zu bekämpfen wie das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst, aus dem dieser Unsinn geboren ist. Dieses kann aber nur geschehen, wenn dem in sich geschlossenen Unternehmertum die geschlossene Macht der Arbeiterschaft gegenübergestellt wird. Deshalb einig zum Kampf gegen die Verschlechterung des Lohnes und einig im Kampf um die bessere Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Berliner Brauereien wollen Lohnabbau

Die Berliner Brauereien haben den Lohn tarif geändert. Sie verlangen einen Lohnabbau von 8 Proz. Diese ungewöhnliche Forderung begründen sie mit dem Rückgang des Bierabfuges. Nun ist es nicht so recht begründlich, welche Wirkung ein Lohnabbau auf den Bierabfuhr ausüben soll, denn die Berliner Brauereien dürften sich wohl kaum dazu verstehen, dem Lohnabbau eine Bierpreissenkung folgen zu lassen. Damit ist also erwiesen, daß der Lohnabbau nur dazu dienen soll, das Betriebsrisiko auf die Arbeiter abzuwälzen, ebenso wie bisher jede Biersteuererhöhung auf den Konsumenten abgewälzt wurde. Es mag richtig sein, daß bei dem eingetretenen Absatzrückgang die Generalunkosten sich pro Hektoliter Bier erhöht haben. Die Arbeiterschaft lehnt es aber unter allen Umständen ab, die Erhöhung der Unkosten mit einer Senkung des Lohnes auszugleichen. Der Widerstand gegen den beabsichtigten Lohnabbau muß um so stärker sein, weil ja bereits ein Ausgleich stattgefunden hat durch die zahlreichen Entlassungen von Arbeitskräften, die mitunter zu einem recht unerquicklichen Antreibersystem geführt haben. Die Brauereien haben damit bereits die Arbeiter zu ihrem Teil belastet, eine weitere Belastung würde lediglich dazu führen, daß die Arbeiterschaft allein die Folgen der Wirtschaftskrise trägt, während den Unternehmern und Aktionären der Brauindustrie nach wie vor ihre ziemlich hohen Gewinne sichergestellt werden.

Die Arbeiterschaft in den Brauereien hat von den in den letzten Jahren so reichlich fließenden Gewinnen wenig gemerkt. Damit ist der immer wieder von den Brauereien in den Vordergrund gestellte hohe Lohn der Brauereiarbeiter nichts weiter als ein ziemlich schlechter Ausgleich für die gesteigerten Leistungen. Ein Lohnabbau, der nach den Arbeiterentlassungen vorgenommen würde, führt zu einer höheren Differenz zwischen Leistung und Entlohnung, die auf die Dauer so unerträglich würde, daß die Arbeitsintensität darunter leidet. Wenn erst dieser Zustand eingetreten ist, werden die Brauereien die in ihrer Verblutung beabsichtigten Lohnabbaumaßnahmen sicher mit anderen Augen betrachten.

Nicht zuletzt muß auf den Lohn als Kaufkraftfaktor hingewiesen werden, denn der Lohn ist nicht nur ein Unkostenfaktor. Von der Höhe des Lohnes hängt der Konsum großer Bevölkerungsteile ab. Von der Konsumkraft der breiten Massen hängt in erster Linie aber auch der Bierabfuhr ab. Aus diesem Grunde dient der Lohnabbau, auch der in den Brauereien, nicht der Absatzhebung, sondern dem weiteren Absatzrückgang.

Rückgang des Arbeitseinkommens

Das Institut für Konjunkturforschung stellt in seinem Vierteljahressheft fest:

„Der Rückgang des Arbeitseinkommens hat neuerdings einen Umfang angenommen, wie er in den letzten 40 Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Vier Faktoren sind es, die gegenwärtig das Arbeitseinkommen vermindern: 1. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit; 2. die Verdienstverminderung durch Kurzarbeit; 3. der Abbau der über tariflichen Bezahlung; 4. die Senkung der Tariflöhne.“ Nach der gleichen Quelle war für das Jahr 1930 in Folge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein Verlust an Arbeitseinkommen von 3,5 bis 4 Milliarden Mark gegenüber 1929 zu verzeichnen. Die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten ist ihrem Nominalbeitrag nach noch stärker zurückgegangen, als diese Zahlen des nominellen Einkommensverlustes besagen. Denn das Jahr 1930 hat eine Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 6,5 Proz. gebracht. Außerdem wurde das Einkommen der Beamten und Angestellten der öffentlichen Wirtschaft gesenkt. Es vollzieht sich eine Einkommensverlagerung großen Stils, indem die Beiträge, die auf der einen Seite aufgebracht werden, auf der anderen Seite dazu verwendet werden, die beschäftig-

ungslos Gewordenen wenigstens notdürftig über Wasser zu halten. Um welche Beträge es sich hierbei handelt, ist daraus zu ersehen, daß für die Unterstützung der Arbeitslosen rund 2,5 Milliarden Mark im Jahre 1930 erforderlich wurden. Dieser Betrag wird sich in diesem Jahre noch vermehren. Gewiß sind die Lebenshaltungskosten etwas gesunken. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten lag 1930 um 4,3 Proz. unter der des Vorjahres. Ganz richtig bemerkt aber das Konjunkturforschungsinstitut hierzu: „Für das Arbeitseinkommen im ganzen, für das man auf das Jahr gerechnet mit einem Verlust von etwa 10 Proz. rechnen darf, hat die Preisenkung die Verluste auf der Nominalseite bei weitem nicht ausgeglichen. Am schärfsten hat die Industriearbeiterschaft unter den Einkommensverlusten zu leiden.“

Das Unternehmertum ist aber gegen diese Tatsachen taub. Unbekümmert, ob das ganze Wirtschaftsleben zusammenbricht, bemüht es sich mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht das Lohn Einkommen der Arbeiterschaft weiter herabzudrücken. Lohnabbau bedeutet Schwächung der Kaufkraft und die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung ins grenzenlose.

Der Reichsrat

brachte in seiner Sitzung am 13. März statt agrarische Tendenzen zum Ausdruck. Gegen die vom Reichstag auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei beschlossene Novelle zum Brotgesetz wurde auf Antrag Thüringens unter Stimmenthaltung Hamburgs Einspruch beschlossen. Ebenfalls erhob Thüringen Einspruch gegen das auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag beschlossene Gesetz über das zollfreie Gefrierfleischkontingent. Dagegen stimmten nur die Vertreter von Preußen, Hamburg, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck. Hessen enthielt sich der Abstimmung, Sachsen und Lippe erklärten, vor der Hand für den Einspruch zu stimmen. Sie erwarten, daß die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung durch verbilligtes Frischfleisch bald in Kraft trete. Bei der Annahme des Einspruches gab Sachsen den Ausschlag.

Durch die Entscheidung des Reichsrates muß im Reichstag eine 2/3-Mehrheit aufgebracht werden, wenn seine Beschlüsse zum Gesetz erhoben werden sollen. Eine Aussicht hierfür ist nicht vorhanden. Die minderbemittelte Bevölkerung kann sich bei dem agrarfreundlichen Reichsrat bedanken, wenn sie den Hungerriemen sich noch enger ziehen muß.

Lohnverhandlungen in der Süßwarenindustrie gescheitert

Am 13. und 14. März fanden in Dresden mit dem Dabu Lohnverhandlungen statt. Der Dabu hatte den Antrag gestellt, den Lohn um 10 Proz. abzubauen. Es kam zu keiner Einigung; der Dabu stellte als letzte Forderung, den Lohn für die Arbeiter um 4 Proz., für die Arbeiterinnen um 6 Proz. zu kürzen. Dem konnten wir unsere Zustimmung nicht geben, einmal, weil der Lohnabbau für die Arbeiterinnen zu hoch ist, andererseits diese doppelte Regelung eine für die Dauer des Tarifes bestehende Verschlechterung der Löhne für die Arbeiterinnen bedeuten würde. Unser Entgegenkommen, den Lohn um 4 Proz. zu kürzen, wurde vom Dabu abgelehnt.

Da es zu keiner Einigung kam, muß nunmehr ein Schlichter entscheiden. Das Reichsarbeitsministerium ist zur Bestellung eines Schlichters angerufen worden.

Ueber den Manteltarif, der ebenfalls vom Dabu gefordert wurde, ist nicht verhandelt worden. Die neuen Verhandlungen werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen stattfinden.

Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftsleben. Das sechsen erscheinende Märzheft dieser Fachzeitschrift für die Beschäftigten in den Getreide, Mehl, Zucker und Kaffee verarbeitenden Industrien bringt wieder eine Reihe sehr interessanter Verhandlungen, die für die in der Praxis stehenden Kollegen außerordentlich wertvoll sind. Wir heben daraus hervor: Wirkungsgrad, Gütegrad III; Die Ausnutzung der Kälte in amerikanischen Bäckereien; Schnellvolumenbestimmung von Brot und Bröckchen; Elektrizität in der Bäckerei und Konditorei; Die Farbenwelt nach Ostwald (besonders wichtig für die Konditoren); Die Bestimmung des Zuckers in den Zuckerwaren; Die Erdmisch; Beseitigung von Rauchbelästigung der Bäckereien; Eine neue Koch-, Brat- und Backmethode; Wie man Unfälle verhüten kann; Chemisches Praktikum; Ueber Ungarns Mühlenzweig im Jahre 1930; Technisch-wissenschaftliche Umschau; Arbeitsweise und -material; Rundschau in Gewerbe und Industrie; Rohstoffmarkt; Fragekasten; Patentwesen; Buchschau.

Jede Ortsgruppe nimmt Bestellungen entgegen. Verbandsmitglieder erhalten das 32 Seiten starke und reich illustrierte Heft für 15 P. Neue Bezahler können auch die Hefte von Januar und Februar noch nachgeliefert erhalten.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Ausschlüsse: Ausgeschlossen werden wegen Verbands-schädigung: auf Antrag der Ortsgruppe Rosenheim Johann Schuster, Kraftfahrer, geboren am 2. Dezember 1900 in Uising, Buchnummer 250 454;

auf Antrag der Ortsgruppe Breslau Mag Orntsa, Brauereiarbeiter, geboren am 16. August 1898 in Breslau, Buchnummer 25 768;

auf Antrag der Ortsgruppe Utenburg (Thür.) Richard Winkler, Böttcher, geboren am 22. Januar 1875 in Wintersdorf, Buchnummer 92 543;

auf Antrag der Ortsgruppe Gera Alfred Gali-läer, Fleischer, geboren am 29. September 1901 in München, Buchnummer 13 870;

auf Antrag der Ortsgruppe Erlangen Heinrich Fritsch, Bierbrauer, geboren am 13. Juli 1894 in Wöhrendorf, Buchnummer 261 363.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 1. März 1931 bis 12. März 1931

(Vorsichtskonto der Hauptkasse: Berlin 12 678 Markungsmittel, und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin 328 46.)

Ortsgruppen:

Apoth. 250, Bamberg a. d. Elbe 208, Coblen 300, Dresden 43,50, Elmberg 300, Halle 45, Hagenburg 250, Rastbus 40, Oldenburg 83,75, Pommern 45,80, Seitz 118,50, Ellingen 450, Königsberg R.-Pr. 125, Rendsburg 200, Gletwitz 126,50, Gletz 89, Ingolstadt 300, Chemnitz 1230, Ellenach 400, Wilhelmshaven 400, Düsseldorf 216,65, Chemnitz 38,50, Freiburg i. Br. 87, München 7242,45, Stuttgart 3701,44, Wilhelmshaven 27,41, Berlin 22, Semmin 200, Passau 550, Raibor 200, Spottau 100, Uelzen 150, Weiswasser 150, Wittenberge 52,50, Berlin 840, Köln a. Rh. 146,90, Alenstein 110, Simenau 150, Poissam 350, Gismaringen 150, Seitz 263,81, Bitou 400, Königsberg i. Pr. 82,5, Erier 39,25.

Gesamtes:

München 2,50, Offenbach 3,25, Berlin 6,00, Seibmann 53,15, Berlin 83,94, Augsburg 500, Gletz 2,40, Berlin 263,25, München 57,60.

Korrespondenzen

Erfurt. Die Fleischwarenfabrik Luener in Greußen mußte durch unseren Verband wiederholt vor dem Arbeitsgericht verklagt werden, da sie sich nicht an die Einhaltung des bestehenden Tarifvertrages für die Thüringer Fleischwarenfabrikindustrie gewöhnen kann. Jedesmal mußte sie den Tariflohn nachzahlen. Dadurch geriet Luener als stockkonservativer Mann ganz aus dem Häuschen und sann auf Rache. Er legte den Fleischern einen Revers zur Unterschrift vor, worin sie erklären mußten, nicht mehr Mitglied unseres Verbandes zu sein. Wir ließen uns natürlich diesen Versuch gegen das Koalitionsrecht nicht gefallen und klagten vor dem Arbeitsgericht auf Schadenersatz und Verstoß gegen Artikel 159 der Reichsverfassung. Dort mußte Luener folgende schriftliche Erklärung abgeben:

Unterzeichnete Firma zieht hierdurch den im Dezember 1930 von den bei ihr beschäftigten Fleischern unterzeichneten Revers — wonach dieselben durch ihre Namensunterschrift bekunden mußten, nicht mehr Mitglied des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes zu sein — als ungültig zurück. Die Firma erklärt, daß sie in Zukunft das Koalitionsrecht ihrer Arbeitnehmer anerkennt und nichts dagegen einzumenden hat, wenn sich ein bei ihr Beschäftigter dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband anschließt.

Greußen, den 2. März 1931. gez. Carl Luener.

Es ist weiter vereinbart worden, daß Luener diese Erklärung in seinem Betrieb vier Wochen lang am „schwarzen Brett“ auszuhängen hat.

Unseren Kollegen bei der Firma Luener rufen wir zu: Nun haltet erst recht treu zum Verband und werdet nicht mutlos; denn eure Gemerkschaft ist imstande eure wirtschaftliche Lage zu verbessern!

Gletwitz. In der Schultheiß-Pagenhofer-Brauereiateilung Beuthen O.-S. wurde Cierpiot im vergangenen Jahre als Betriebsratsvorsitzender gewählt. Als solcher hat er nicht nur die Wohlfahrtseinrichtungen von Schultheiß für sich reichlich in Anspruch genommen, sondern auch als Kassierer unseres Verbandes für die Ortsgruppe Beuthen die erwerbslosen und frankten Kollegen sowie die Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder um ihre ihnen zustehenden Unterbringungen geschädigt. Er ließ sich höhere Beiträge, als er in das Mitgliedsbuch flebte, zahlen. Durch Uebernahme der Kassengeschäfte in andere Hände wurden seine Verschleungen aufgedeckt und dem Staatsanwalt das Material übergeben. Vor der Strafkammer wurde er am 5. März zu 6 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Der Verbandsvorstand hatte Cierpiot am 23. Oktober 1930 aus dem Verbande ausgeschlossen.

Aus „christlicher Dankbarkeit“ gegen die Geschädigten bemühte er sich nunmehr, die „Hirsche“ in die Brauerei einzuführen. Wir wünschen diesen „Hirschen“ zu ihrem frommen Sämannchen recht viel Glück und „Läuschen“ zu.

Kassel (Gesellenauswahl der Bäcker). Der neugewählte Innungsvorstand glaubte bei der diesjährigen Gesellenauswahl diese Innungseinrichtung mit Meisterlöhnen besetzen zu können und es wurde daher von ihm recht rührig gearbeitet, um alle Meisterlöhne auf die Beine zu bringen. Geschloffen rückte diese Gruppe in das Wahllokal ein. Drei Gehilfen hatten den traurigen Mut und ließen sich als Gegenkandidaten des Verbandes aufstellen. Wer aber diese Elemente kennt, der weiß, daß sie

nur willfährige Menschen in den Händen des Innungsvorstandes sind. Kollegen Bezirksleiter K a s c h e l war es noch möglich, vor der verfallenen Behilfschaft auf die Bedeutung der Gesellenauswahl hinzuweisen zu können. Das paßte dem Innungsvorstand und den Meisterföhnen gar nicht und sie verlangten vergeblich, daß unser Verbandsvertreter das Lokal verlassen sollte. Kollege F i n t e n d e y konnte mit Recht darauf hinweisen, daß sich seit Bestehen der Innungen die Meisterföhne noch niemals um die Gesellenauswahl und um die Interessenvertretung der Gehilfen gekümmert hätten. Es berührte daher sehr eigenartig, daß nunmehr die Meisterföhne sich als Interessenvertreter der Gehilfen aufzuspielen versuchten. Das in geheimer Wahl erfolgte Ergebnis brachte eine glatte Mehrheit für die Verbandsliste, so daß die Meisterföhne verzichteten, in einem besonderen zweiten Wahlgang noch die Erfahrene zu wählen. Der Wahlausgang am 10. März hat auf unsere Verbandsmitglieder mit Recht eine mutvolle Stimmung erzeugt und wie begoffene Pudel schlichen sich die Meisterföhne aus dem Saal, um sich mit dem Innungsvorstand in einem anderen Lokal ein Stelldächlein bei Freibier zu geben. Sicher wurden dort neue Pläne geschmiedet, um zu versuchen, die Macht der Organisation zu brechen. Darum heißt es für die Kasseler Kollegen auf der Wache zu bleiben.

Köln a. Rh. (Nazi-Zellen bei Stollwerck A.-G.)
Vor mehreren Jahren versuchte ein inzwischen entlassener Inspektor Stahlhelmer bei der Firma Gebr. Stollwerck A.-G. zu züchten. Durch das energische Eingreifen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben die ehemaligen Stahlhelmer sich mäusestill verhalten. Jetzt, nachdem die Nazis mit ihrer großen Klappe sich bemerkbar machen, tauchen auch die früheren Stahlhelmer als Zellenbauer für die Nazis wieder auf. Angetan hat es den Nazis die Haltung der Kurzarbeiter und des Betriebsrates in der Frage der Kurzarbeit bei der Firma. Bekanntlich hat die Direktion diktatorisch Kurzarbeit angeordnet. Verband und Betriebsrat wandten sich mit aller Energie gegen diese Diktatur. Der Betriebsrat hat auch dementsprechend an dem einseitig angeordneten Streiktage gearbeitet. Darüber regt sich das Mitglied des Reichstages, Schaller, in einem Flugblatt gewaltig auf und faßelt von Verrat und Verkauf, weil die Arbeiter durch ihren Betriebsrat und ihren Verband die tariflichen und gesetzlichen Rechte in Anspruch nahmen.

Man merkt es dem Flugblattschreiber an, daß er im Interesse der Firma gegen die Arbeiter wirkt. Denn kein Wort gegen das Diktat der Firma Gebr. Stollwerck A.-G., alles gegen die Gewerkschaft und den Betriebsrat.

Die Nazis wollen eine Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl einreichen. Mit der Laterne suchen sie Kandidaten und der Arbeiterchaft wird versprochen, daß bei Wahl von Nazi-Betriebsräten alles besser werden soll. Demnachst wird auch die Firma eine neue Marke „Nazi-Schokolade“ einführen. Die Arbeiterchaft hat zu diesem Vorgehen Stellung genommen, sie verurteilt diese Art Arbeiterpolitik mit aller Entschiedenheit und wird dafür Sorge tragen, daß die Vertreter des Großkapitals - die Naziführer - nicht in den Betriebsrat kommen. In der Angelegenheit der Kurzarbeit ist ein Arbeitsgerichtsurteil ergangen, nach dem die gesetz- und tarifwidrige einseitige Festlegung der Kurzarbeit unzulässig ist. Die Helfer der Firma, die Nazis, sind mit der Firma nicht auf ihre Kosten gekommen.

Oppeln. Die Fleischer-Gesellenbruderschaft hatte zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Kollegen N a m r o t h, Breslau, geladen, um über Zwecke und Ziele des Verbandes zu referieren. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag wurden in der Aussprache von den Kollegen die in Oppeln eingerissenen schlechten Arbeitsverhältnisse scharf kritisiert. Von allen Diskussionsrednern wurde immer wieder betont, daß ohne gewerkschaftliche Organisation die Verhältnisse nicht geändert werden können und nunmehr alle Kollegen Mitglieder des Verbandes sein müssen. Die Anwesenden traten geschlossen unserem Verbande bei.

Katibor. Fleischerobermeister S i m o n gebürdet sich wie ein kleiner König gegenüber seinen murrenden Untertanen. Gelegentlich werden sie mit den Fäusten in Schach gehalten. Die Lehrlinge werden geschlagen, was das Zeug hält und niemand magt es, dagegen einzuschreiten. Auch die Gesellen, die nicht nach der Pfeife dieses Obermeisters werden verprügelt. Er schreut auch davor nicht zurück, selbst gegen seine Innungsmeister als Tyrann vorzugehen.

Leider konnte die offen zutage getretene Mißstimmung diesen Prügelheld aus seiner Stellung nicht verdrängen. Nun scheint doch eine Wendung einzutreten. Die schon jahrelang anhaltenden Prügeleien im städtischen Schlachthof haben Formen angenommen, die den Staatsanwalt zum Eingriff zwingen werden. Am 23. Februar kam es wieder im Schlachthof zu den üblichen Prügeleien. Ohne ersichtlichen Grund traktierte der rauflustige Obermeister einen Gesellen mit Fausthieben. Da kam er aber an den Unrechtmachen; denn der Geselle hatte den Mut, die Schläge abzuschwehren und wuschtaubend wie eine gekränkte Majestät holte sich der Obermeister seinen Sohn und einige Fleischermeister heran, um ein Exempel zu statuieren. Wie wilde Bestien stürzten sie sich mit Schlagwerkzeugen solange auf den Gesellen, bis er blutüberströmt zusammenbrach. Der Mißhandelte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Selbstverständlich hat er gegen die „Helden“ Klage beim Amtsgericht eingereicht.

Obermeister Simon, nebenbei noch Zentrumsabgeordneter und ein fleißiger Kirchengänger, ist bestimmt nicht dazu geeignet, bei dieser Partei große Ehre einzulegen. Wie dieser Obermeister so gebürdet sich auch Fleischermeister B e n e r, der ebenfalls seine Lehrlinge mit Prügel zu erziehen versucht.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die zweite Hälfte des Monats Februar hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung gesenkt. Die Abnahme beträgt jedoch nur 13 000, die Gesamtzahl der noch zu unterstützenden Personen 2,58 Millionen. Auch die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitslosen ist leicht zurückgegangen, nämlich um 19 000 auf 4 972 000 Personen. Daß der Rückgang noch nicht als eine Entlastung des Arbeitsmarktes bemerkt werden kann, geht schon daraus hervor, daß die Zahl der Personen, die durch die Krisenfürsorge unterstützt werden, um 46 000 auf 908 000 gestiegen ist. Trotz alledem kann aber festgestellt werden, daß das Weiterumschreiten der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen ist. Allerdings ist dabei noch nicht abzusehen, welche Einwirkung die im März eingetretene Kälte auf den Arbeitsmarkt hat, denn eine Besserung des Arbeitsmarktes ist nur von der Saisonseite her zu erwarten. Die saisonbedingte Entlastung hängt aber sehr eng mit der Wetterlage zusammen, so daß es sehr gut möglich ist, daß der nächste Bericht noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit meldet.

Auch in Berlin ist in der Arbeitsmarktlage eine leichte Entspannung eingetreten. Im Bezirk Berlin-Brandenburg ist eine Abnahme der Arbeitslosenziffer um ziemlich 11 000 Personen eingetreten, die fast durchweg auf Berlin entfallen. Immerhin beträgt die Zahl der Arbeitsuchenden in Berlin-Stadt noch 475 349 Personen, wovon 182 777 von der Arbeitslosenversicherung und 104 706 durch die Krisenfürsorge unterstützt werden. Der Rest wird durch das Wohlfahrtsamt der Stadt unterstützt.

Erziehungsbeihilfen für Kriegervaisen. In einem Erlass des Reichsarbeitsministers an die nachgeordneten Verwaltungsorgane werden die Erziehungsbeihilfen für Kriegervaisen vom 1. April 1931 mit folgender Maßgabe geändert: Die Erziehungsbeihilfe beträgt 10 Ml. monatlich, sie kann bis auf 20 Ml. und in ganz besonders gelagerten Einzelfällen auf 30 Ml. monatlich erhöht werden. Die bisherige Staffe lung betrug 25 bzw. 35 Ml., so daß in den Mittel- und Höchststufen eine Kürzung um 5 Ml. pro Monat eingetreten ist. Der Erlass greift in die persönlichen Verhältnisse dieser stets benachteiligten Kreise außergewöhnlich hart ein und gab den Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegervaisensorgen Anlaß zu ernsthaften Vorstellungen im Reichsarbeitsministerium.

Die französische Regierung ist ermächtigt worden, Zollerhöhungen für Fleischwaren auf dem Verordnungswege einführen zu können. Diese Zollermächtigung bestand allerdings bisher schon bei anderen wichtigen Agrarprodukten.

Gegnerische Organisationen

Bestrafte Vermittlertätigkeit. Es gehört zum guten Ton des Fleischer-Hirische-Bundes, wo eine private Stellenvermittlungstätigkeit nach dem Tarifvertrag nicht zulässig ist, einen eigenen Laden aufzumachen. Im übrigen zieht ja seine Agitation nicht mehr unter den Fleischergesellen und er versucht deshalb, seine Schächten in Arbeit zu bringen. Das Amtsgericht Hamburg leitete ein Verfahren gegen die Ortsgruppe der Hirsche ein und verurteilte dessen Vorstehenden zu einer Geldstrafe. Das Oberlandesgericht verwies die Sache zurück an das Amtsgericht, das aber erneut eine Geldstrafe festsetzte. Dieser Vorgang ist deshalb besonders lehrreich, weil die Fleischer-Hirsche einer anerkannten Gewerkschaftsrichtung angehören, die selbst die private Vermittlertätigkeit befehmelt. Der Bund richtet sich aber nicht nach den Richtlinien seiner Spitzenorganisation, sondern tanzt lustig weiter aus der Reihe.

Allgemeine Rundschau

Drewitz rehabilitiert. Das Ehrengericht der Wirtschaftspartei ist zu der Entscheidung gekommen, daß alle gegen den Parteivorstehenden Abgeordneten Drewitz erhobenen Beschuldigungen sich als unbegründet herausgestellt haben. Es stellt fest, daß der Vorwurf, die Partei wäre durch Gründungen des Vorstehenden geschädigt, unbegründet sei, sondern die in Frage stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen und Gründungen sind überhaupt nicht Gründungen des Parteivorstehenden Drewitz, vielmehr des gesamten feinerzeitigen Vorstandes, teilweise auch des Parteitages selbst. Wirtschaftliche Nachteile seien der Partei aus diesen Unternehmungen nicht erwachsen. Auch wurde der Vorwurf zurückgewiesen, daß die Vorbereitungen zur Reichstagswahl 1930 durch das Verschulden des Parteivorstehenden verspätet erfolgt seien und die Wahlgelder ungerecht verteilt wurden. Das Ehrengericht kam ferner zu dem Ergebnis, daß Drewitz keine Parteigelder zu privaten Zwecken verwendet, im Gegenteil erhebliche Beträge aus seinem Vermögen der Parteikasse zugewendet hat.

Drewitz war noch in den Jahren der Vorkriegszeit ein armer Teufel und bestimmt konnte er sich keine Ersparnisse bei seiner stieren Arbeitslosigkeit in Frankfurt a. M. und in den umliegenden Städten erwerben. Bei ihm hat also die Politik nicht seiner früheren Bäckerei gute Profite abgeworfen, sonst könnte er nicht erhebliche Beträge aus seinem Vermögen der Parteikasse zugewendet haben.

50jähriges Bestehen des Vieh- und Schlachthofs Berlin. Der Berliner Vieh- und Schlachthof konnte in diesen Tagen

sein 50jähriges Bestehen begehen. Eine reich illustrierte Festschrift schildert die Entstehung und den weiteren Ausbau dieses Instituts. Die unmittelbare Anregung zum Bau des Berliner Vieh- und Schlachthofes ging von dem berühmten Mediziner Rudolf Virchow aus, der den Bau im Interesse der Volksgesundheit dringend forderte. Im Laufe der Zeit sind mannigfache bauliche Veränderungen vorgenommen worden und neuerdings ist neben der neuen Fleischgroßmarkthalle die Errichtung eines modernen Schweineschlachthofes geplant.

Internationales

Adressenverzeichnis der Verbände in der IUL 1931.
Amerika. The Bakery and Confectionery Workers' International Union of America, Chicago, Best Avenue 2719.

Belgien. Centrale des Travailleurs des Industries Alimentaires et de l'Agriculture de Belgique, Bruxelles, Rue Joseph Stevens 17.

Dänemark. Bageri- og Konditorarbejdernes Forbund, København, Rosenorssallé 14. - Dansk Bryggeri-, Brauerei- og Mineralvandsarbejder Forbund, København, N. C. Oerstedesvej 28 Bl. - Dansk Slagteriarbejderforbund „Axelborg“, København, S. Sal. Sive 30. - Sukkervare-, Chocolate- og Bisquitarbejdernes Forbund, København, Rosenorssallé 12.

Deutschland. Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.

England. Amalgamated Union of Operative Bakers, Confectioners and Allied Workers, London WC1, Guilford Street 8. - National Union of Distributive and Allied Workers Oakley Wilmslow Road, Manchester, Failowfield.

Finnland. Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter Finnlands, Helsinki, Cirkusgatan 3.

Frankreich. Fédération Nationale Confédérée des Travailleurs de l'Alimentation, Paris Xe, 211, Rue Lafayette.

Holland. Algemeene Nederlandsche Bond van Arbeiders (sters) in het Bakkers-, Chocolate- en Suikerbewerkingbedrijf, Amsterdam, Sarphatikade 21. - Nederlandsche Bond van Arbeiders (sters) in de Slagers- en aanverwante Bedrijven, Amsterdam (West), 3e Helmersstraat 54.

Luxemburg. Fédération des Ouvriers Brasseurs Luxembourgeois, Mr. B. Fettes, secrétaire, Luxembourg (Grund), Ulrichstraße. - Luxemburger Lebens- und Genussmittelindustriearbeiterverband, Fr. Lily Becker, Luxemburg, Neypergstraße.

Norwegen. Norsk Baker- og Konditorforbund, Oslo, Folkets Hus. - Norsk Kjøttindustriarbeiderforbund, Oslo, Folkets Hus. - Norsk Nærings- og Nydelsesmiddelarbeiderforbund, Oslo, Storgaten 393.

Oesterreich. Zentralverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter und -arbeiterinnen Oesterreichs, Wien VIII, Alibertgasse 35.

Polen. Zentralverband der Lebensmittelarbeiter Polens, Warschau, Długa 19. - Zuckerarbeiterverband Polens, Warschau, ul. Piłkna Nr. 14-a m. 6.

Rumänien. Verband der Lebensmittelarbeiter Rumäniens, Cluj-Kolozsvár, Strada Juliu Maniu No. 24.

Schottland. Scottish Union of Bakers, Confectioners and Bakery Workers, Glasgow NW, 5 Burbank Gardens.

Schweden. Svenska Bryggeriindustriarbetareförbundet, Stockholm C, Barnhusgatan 18. - Svenska Livsmedelsarbetareförbundet, Stockholm, Upplandsgatan 2, 2 tr.

Schweiz. Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz, Zürich, Körnerstraße 12.

Slovenien. Savez Zivezarskih Radnika - ca Jugoslavije, Zagreb, Jlica br. 55 II. kat.

Spanien. Federacion nacional de las Artes Blancas Alimenticias, Madrid, Piamonte 2 (Casa del Pueblo).

Tschechoslowakei. Zentralverband der Lebensmittelberufe in der Tschechoslowakischen Republik, Prag I, Bartolomejska 14. - Zentralverband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie und verwandter Berufe im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik, Bodebach a. d. Elbe, Beethovenstraße 14.

Ungarn. Landesverband der Lebensmittelarbeiter Ungarns, Budapest VII, Peterdy ucca 6-8. - Landesverband der Fleischgewerbetarbeiter Ungarns, Budapest VII, Kertészgasse 22.

Rachruf!
Blösig und unerwartet verschied infolge Gasvergiftung unter lieber, treuer Kollegen, der Kellnermeister
Heinrich Eber
im Alter von 43 Jahren. Mit ihm ist einer unserer Besten gegangen. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm seine Mitarbeiter aus
13,30
Braunhaus Sonneberg Ortsgruppe Sonneberg (Thür.)
Rachruf!
Am 8. März starb nach langer Krankheit unser Kollege
Hermann Schmidt
Wie werden sein Andenken in Ehren halten
12,40
Die Kollegen der Ortsgruppe Grimma
Unsern werten Kollegen **Eduard Döhl** in Deutzen O. S. zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum in der Schultze & Sagenhofer-Brauerei, Abt. Deutzen O. S., unsere herzlichsten Glückwünsche.
13,-
Die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen der Schultze & Sagenhofer-Brauerei in Deutzen

Unsern werten Kol. und Kassierer **Adam Weid**, Hofbräuhaus, zu seinem 25-jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
11,50
Ortsgruppe Coburg.
Unsern Kol. **Kaspar Porten** - Wager nebst seiner lieben Frau die herzlichen Glückwünsche zur Vermählung.
11,50
Die Kollegen der Brauerei Karsitz u. Laib, Gelditzschen b. Wetterham.
Unsern Kollegen **Hans Svarret**, Brauer, zu seinem 25-jähr. Verbandsjubiläum die herzlichen Glückwünsche.
11,50
Ortsgruppe Sochum.
Unsern lieben Kol. **Josef Christl**, in der Brauerei Stockauer, und seiner werten Frau **Anna** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
11,50
Die Kollegen der Ortsgruppe Passau
Unsern langjährigen Vorstehenden Kollegen **Engelbert Rlement** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit am 21. März 1931.
12,10
Die Kollegen der Ortsgruppe Frankfurt (Pfalz)



FRAUENRECHT



Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Knauer Nachf., Verlag

(11. Fortsetzung)

Gallagher fuhr sehr leise fort: „Soviel will ich dir sagen, Gypo, nur mit hast du's zu verdanken, daß du damals so leicht dazugekommen bist. Es hat andere gegeben, die wollten dir wegen Nachbeobachtung der Befehle das da zu lassen geben.“

Er bewegte plötzlich seine rechte Hand unter dem Regenmantel und ließ Gypo in die Rippen. Gypo fühlte die Berührung von kumpfen, harten Metall. Er wußte, es war die Mündung von Gallaghers Pistole, aber Gypo nahm keine Notiz von der Pistole. Er hatte vor der Pistole keine Angst. Aber Angst hatte er vor Gallaghers Augen, in der er unabhängig hineinsah. Er konnte sie nicht leiden. Sie waren so kalt und blau und geheimnisvoll. Der Himmel machte wischen, was hinter ihnen verborgen war. Sein Gesicht geriet in unregelmäßige, aufgeregte Bewegung. Sein Kopf, die Backenknochen, Nase, Mund und Stirn suchten in entgegengesetzter Richtung, als ob ein Windstoß sich unter die Haut seines Gesichts geschoben hätte und sie flattern ließe. Dann kam das Gesicht zur Ruhe. Der Rachen schwellte, die kleinen Augen traten ihm vor.

„'s hat keinen Zweck, deine Tricks an mir zu probieren, Danny Gallagher.“

Mit einer leichten Bewegung seiner rechten Hand schlug er die Pistolenmündung weg. Obwohl der Schlag nicht schwer war, machte er Gallagher zwei Schritte rückwärts räumen, ehe er sein Gleichgewicht wiederfand. Sein Gesicht veränderte sich einen Augenblick, dann lächelte er wieder.

Mit hallender, trauriger Stimme fuhr Gypo fort: „Gallagher, 's ruht dir nichts, 's waren lauter Lügen, was du da eben erzählt hast daß du versucht hättest, meine Haut zu reiten, als ich im Oktober vorm Untersuchungstribunal stand. Ich weiß sehr gut, daß 's Lügen waren. Mann, müßt du mir vielleicht erzählen, daß du nicht der Chef und Gott weiß was noch alles in der Organisation bist? — Wer sonst hat denn da noch was zu sagen außer dir? Jawoll. Ich will von dir nichts wissen. Du lügst. Du taugst nichts. Und ich war' heut noch in meiner Stellung bei der Polizei, wenn du nicht gewesen wärst mit deinem Schmaus. Du bist es gewesen, der mich meine Stellung hat verlieren lassen mit deinen Versprechungen von Gott weiß was. Ich erkläre beim allmächtigen Gott, daß ich mehr für deine verfluchte Organisation getan habe als irgendein anderer Mann in Irland. Ich habe Dinge getan, wie sie kein anderer fertigbringen könnte, ohne gehängt zu werden. Und du bist gekommen und hast mich rausgeschmissen wegen 'nem niedergefallenen alten Bauer. Mich und McPhillip. Was haben wir dafür gekriegt? Was... ihr verrotteten...“

Ohne Zusammenhang raffte Gypo eine lange Reihe lästerlicher Flüche herunter, seine Stimme wurde dabei immer lauter. Seine Arme waren nach auswärts gestreckt und ausgehoben und der Kopf geneigt, als wollte er Schwimmübungen machen. Scham trat ihm vor den Mund, und er starrte von einem der drei Männer zum anderen, wie in Ungewißheit, welchen er zuerst angreifen sollte.

Plötzlich wurde ein kleines hölzernes Schiebefenster rechts in der Wand heraufgeschoben und in der Öffnung erschien ein hübscher, rothaariger Kopf. Es war Kitty, die Kellnerin.

„Gott bewah' uns.“ lachte sie und legte die Finger an die Lippen, als sie Gypo erblickte. „Was ist das für 'nen Kerl? Was will der hier, Dan?“

Gallagher antwortete mit einem leichten Lachen: „Das ist in Ordnung, Kitty, er ist ein Freund von mir. Wir machen hier ein Geschäftchen.“

Und er lachte herzlich, während er mit dem Stummel seiner Zigarette zum Spudnapf ging.

Gypo drehte sich um und blickte in das erschrockene Gesicht der Kellnerin. Als er ihr schönes Gesicht sah und das hübsche, weiche Haar, das in dem kümmerlichen Lidr schimmerte, schwindelte ihm der Kopf, und seine Augen wurden naß. Augenblicklich wich der Jarm aus seinem Körper, so daß er leer zusammenzusinken schien. Er war so hart gewesen wie ein Baumstamm. Jetzt wurde er los und ohne Haß. Er stand mit gebücktem Kopf und verwunderten Augen und sah die Kellnerin an.

Die Kellnerin, die die Veränderung sah, die sie durch ihre Gegenwart in dem unbeherrschten Kneipen hervorgerufen hatte, lächelte geschmeichelt und richtete sich ordnend über das Haar.

Sie sah sich nach den anderen um, als wollte sie sagen: „Seht ihr das auch alle?“

Gallagher ging aufgereizt zum Schalter, nahm ihre beiden Hände in die seinen und schaute bestirnt in ihre Augen. Ihre Augen verdrehten sich für eine Sekunde, als ob sie sich plötzlich fürchtete. Dann lächelte sie sanft und müde wie eine leidenschaftlich lebende Frau.

Gallagher wogte seinen Kopf und flüsterte etwas in ihr Ohr. Sie brach in ein lautes Lachen aus. Gallagher lächelte. Dann leuchtete er plötzlich und klopfte abgehackt an den Boden.

„Hier Glas Whisky, aber schnell.“ sagte er mit leiser, scherzhafter, scherzhafter Stimme.

Die Kellnerin hörte so schnell auf zu lachen, als ob ein plötzlicher Schmerz sie befallen hätte. Sie schob die Klappe herunter und lispelte dabei: „Ja, Dan.“

Gallagher kam zu Gypo zurück und legte seine Hand wiederum auf Gypos Schulter. Gypos Hände waren jetzt

Kundgebung gegen Paragraph 218

Die Verhaftung von Dr. Fr. Wolf, Stuttgart, wegen Vergehens gegen § 218 des StrGB. löste einen Sturm der Entrüstung in weiten Volksschichten aus. Kundgebungen im großen Ausmaße, wie sie noch niemals gegen diese ungeheuren Bestimmungen des § 218 zu verzeichnen waren, folgten auf dem Fuße.

Bei einer Kundgebung in Berlin war der inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzte Dr. Wolf anwesend. Wir entnehmen darüber:

Er erklärte, daß er schon fünf Tage vorher durch Freunde von seiner bevorstehenden Verhaftung in Kenntnis gesetzt wurde. Die Verhaftung erfolgte am 19. Februar wegen Ausstellung von Zeugnissen zur Unterbrechung der Schwangerschaft. Die Schwere der Anschuldigung liege in dem Vorwurf des Erwerbsmäßigen und der Wiederholungsabsicht mit dem Zweck, sich eine fortgesetzte Einnahmequelle zu verschaffen. Er habe etwa 60 Zeugnisse ausgestellt und mindestens ebenso viele Frauen zurückgewiesen und habe zahlreiche Briefe von Frauen, die sich bedanken,

denn sie solle doch nur ultimo ratio, d. h. letztes Mittel, sein. Er habe mit dem Untersuchungsrichter verhandelt und konnte nicht erreichen, daß ihm der wahre Grund der Verhaftung und das diesem zugrunde liegende Tatsachenmaterial mitgeteilt wurde. Lediglich ein fadensteinartiges Gutachten, es heißt wohl besser private Äußerung des Gerichtsmedizinikrates, wonach der Verdacht evtl. bestände, das Abtreiben vorgenommen sei. Der Untersuchungsrichter hatte von einer medizinischen Indikation noch nichts gehört und für eine soziale Indikation fehlten bei ihm alle Voraussetzungen.

Prof. Dr. Ströjahn hält den Prozeß nicht für die geeignete Form, um über den § 218 zu entscheiden. Er sei nicht für eine absolute Freigabe des § 218, wohl unter beschränkten Voraussetzungen für eine Geburtenregelung. Sanitätsrat Dr. Bollmann war gegen die Aufhebung des § 218. Die Ausführungen machten keinen klaren und logischen Eindruck. Auf die beiden Herren paßt der Ausdruck: „75 Bürokraten schöne Worte, keine Taten, 75 Professoren, Vaterland, du bist verloren.“

Dr. Lothar Wolf setzte sich in recht temperamentvoller Weise mit seinen beiden Vorrednern auseinander. Er wies als erfahrener Arzt nach, daß sie von einem Abort an einer gesunden Frau keine Ahnung hätten, da dies ja an den deutschen Universitäten nicht gelehrt würde. Es fehlen ihnen aber auch die wissenschaftlichen Voraussetzungen und das nötige soziale Empfinden, um die Notwendigkeit einer Frühgeburt einzusehen. Um ihren wissenschaftlich überholten Standpunkt zu verteidigen, arbeiten sie mit falschen Statistiken. Wir hätten in Deutschland eine Abortseuche und es sei traurig, daß zahllose Ärzte, die nicht wissen was sie machen sollen, zusehen müssen, wie 1 Million Frauen zum Pfuscher gehen und der größte Teil von ihnen durch unsachgemäße Behandlung dauernd schweren Schaden nimmt. Er erkläre den Vorrednern, es sei absolut unwissenschaftlich, über etwas zu urteilen, was man nicht kennt, und er empfahl der Ärzteschaft, statt 40 000 Mk. für eine Studienreise zur Erforschung der südafrikanischen Urwaldaffen-Zahnkrankheiten auszugeben, lieber in die sowjetischen Abortklinik zu gehen und zu lernen, wie man in drei bis fünf Minuten völlig ungefährlich einen Abort an einer gesunden Frau vornimmt.

Rechtsanwalt Dr. Reiche legte sehr klar den § 218 und seine Auslegung durch die Gerichte dar. Er betonte, es würde nur das zukünftige Leben der Frau werden ignoriert. Der Staat könne aber nicht verlangen, daß Menschen geboren werden, die er nicht ernähren kann. Die Germanen bestrafen die Abtreibung nur, wenn sie von familienrechtlich Unbefugten vorgenommen wurde. In Rußland sei die Abtreibung legalisiert. Im Vordergrund steht die Persönlichkeit dessen, den sie angeht, nämlich die Frau.

Prof. Dr. Dührssen verwirft den § 218 vollkommen. Er erklärte, daß es in Dänemark einen gleichen Paragraphen gäbe, der aber nie angewendet werde.

Wir wünschen, daß diese Kundgebungen dazu führen, endlich die veralteten, drakonischen Bestimmungen im § 218 zu beseitigen.

Die Hand der Frauen

Die Hand der Frauen ist zur Liebe geschaffen.
Frauenhände wollen niemals raffen.
Frauenhände wollen Kinder betreuen,
Wollen Rosen auf alle Wege streuen.

Frauenhände: zuweilen Trotz, zuweilen Gebet,
Horche, wie der Sturm um die Häuser geht.
Frauenhände bringen Segen,
Sie wollen sich schützend um alles Zarte legen.

Die Frauenhand wird auch hart,
In schwerer Zeit, sie meistert die Gegenwart.
Fabrik und Büro, Arbeit fürs Kind,
Sage mir keiner, daß Frauen Schwächlinge sind!

Max Do-tu

daß er ihnen geraten habe, das Kind auszutragen. Er habe sich seit Jahren in seinen Vorträgen gegen die Abtreibung und für eine Geburtenregelung ausgesprochen. Der Abort sei nur als letztes Mittel zu betrachten. Die Zeugnisse seien stets von ihm rein medizinisch ausgestellt, z. B. wegen Herz- und Lungenleiden usw., er habe allerdings auch die soziale Indikation stark berücksichtigt. 1 Million deutscher Frauen werden jährlich zur Abtreibung gezwungen bzw. schreiten zur Selbsthilfe und werden zu Gesetzesverbrechern, aber auf der Anklagebank sitzen nicht die eine Million Frauen, da sitzt das System, das zwingt arbeitslos zu sein, zu hungern und trotzdem Kinder zu gebären.

Sein Verteidiger, Dr. Apfel, erklärte, Dr. W. sei von zwei Stuttgarter Ärzten, von denen einer Mitglied der Stuttgarter Ärztekammer sei, denunziert worden. Die Verhaftung sei eine Ungeheuerlichkeit,

in seinen Hofentzügen. Nach seinem erfolglosen Ausbruch fühlte er sich müde. Er wünschte irgendwohin zu gehen, sich hinzulegen und zu schlafen, tags- und nachtslang. In keinem Kopf ging alles durcheinander. Er war sehr müde. Als er Gallagher anah, fühlte er sogar ein Verlangen, ihm sein Geheimnis anzuvertrauen. Gallaghers Augen besaßen eine so teuflische Anziehungskraft. Sie sahen Dinge aus Gypo herauszuziehen, zu sich hinüber. Sie würden umhanteln sein, einen Plan zu machen und...

Gypo hatte eine Sibe von Gallaghers Namen gemußert, ehe er sich des wirklichen Amtes des Mannes bewußt wurde und der Folgen eines ihm gemachten Geständnisses.

Der Name erklang auf seinen Lippen. Gallagher lächelte. In freundschaftlichem Ton sagte er: „Gypo, alter Junge, vergiß lieber, was gewesen ist. Wir haben jetzt etwas an der Hand, das dich ebensoviele angeht wie uns. So können wir also auch gemeinsam dabei vorgehen. Das ist es, weshalb ich Bartly Mulholland zu McPhillips Haus schickte, um dich zu suchen. Ein Freund von dir ist von der Polizei hingenommen worden. Die Sache sieht aus wie Spigellarbeit. Wir müssen den Spigel erwischen. Tatsächlich ist das nicht Sache der Organisation, weil Francis nicht mehr Mitglied war. Er war nur ein gewöhnlicher Zivilverbrecher, was uns angeht. Aber ein Spigel ist ein Spigel. Er muß ausgerottet werden wie das erste Zeichen der Pest, sobald wir wissen, wer es ist. Er ist ein Feind von uns allen. Er muß gefaßt werden, Gypo. Und dir kommt es zu, uns an die Hand zu legen, den Verräter auszumachen, der deinen Freund in den Tod geschickt hat. Weil...“

In diesem Augenblick wurde das Schiebefenster wiederum knirschend hochgehoben, die Kellnerin erschien in der Öffnung mit vier Gläsern Whisky auf einem Tablett. Gallagher ging zu ihr, zahlte den Whisky, reichte Connor und Mulholland Gläser herüber, bekam sein Wechselgeld, lä-

schelte den Rachen der Kellnerin, daß sie freischte; er lachte, zog selbst das Schiebefenster herunter und kam lächelnd, in jeder Hand ein Glas, auf Gypo zu. Er hielt das eine Glas Gypo entgegen. Gypo starrte es an, ohne eine Bewegung, es zu nehmen oder zurückzuweisen.

Allen Bewegungen Gallaghers war er mit dem dumpfen und argwöhnischen Staunen eines erschrockenen wilden Tieres gefolgt, das glaubt, man wolle ihm einen Streich spielen. Jetzt starrte er auf das Glas, als ob er auch darin eine Falle witterte.

„Nimm's“, sagte Gallagher kalt. „Nimm's, Mann, wenn du halbwegs vernünftig bist. Es ist besser, mich als Freund zu haben wie als Feind. Wenn du uns hierbei nicht helfen willst, können die Leute vielleicht denken, daß...“

„Ah“, begann Gypo mit einem Schütteln seines ganzen Körpers. Dann hielt er armringend inne. In schrillen Distanz fuhr er fort: „Das ist es nicht, aber... ichau' her... 's ist, weil...“ Seine Stimme vertiefte sich plötzlich zu heilerem Gebrüll: „'s ist, weil ich nicht weiß, was ich tu.“

Er hielt inne. Gallagher warf Mulholland einen Blick zu. Mulhollands Augen zuckerten unmerklich.

„Ich bin hier am Verhungern gewesen die letzten sechs Monate.“ Gypo brach plötzlich in einen Sturm von Worten aus. Er redete wie ein Reger, höhl tönend, hallend und melancholisch. „Ich bin hier in der Stadt herumgelaufen und jeder von euch Kerlen ist an mir ohne ein Wort vorbeigelaufen, als ob ihr mich nie gekannt hättet. Drüben im Haus' bin ich gewesen und hab' von der Hand in den Mund gelebt, von allem, was ich den Seelerten, Luden und Schauerntännern abspun-pen konnte. Ich hatte keine Kleider, kein Geld. Ich hatte gar nichts. Und jetzt kommt du auf einmal an mir deinen schönen Redensarten. Schön... uh... und wie kommt es, daß...“

(Fortsetzung folgt)